TERMINE 2003

11. – 13. April 2003: Landestreffen in Dresden, Einbehung von Jugendlichen, Vorbereitung einer Klimakonferenz auf Landesebene (ADELE - Ökologische Plattform bei der PDS Sachsen)

Frühjahr 2003: Flußkonferenz der Landtagsfraktion der PDS Sachsen

14. April. 2003, 14.00 Uhr
Der gordische Knoten - Zum Verhältnis Ökonomie und Ökologie, mit Dr. Ilse Spahn, Ort: Straßburger Str. 24, 16515 Oranienburg (RLS)

17.-21. April 2003: Belzig
Friedenskongreß. Die weibliche Stimme - für eine Politik des Herzens
mit Beiträgen von Claudia von Werlhof, Nada Ignjatovic Savic, Heidemarie Schwermer, Amei Helm, Sabine Lichtenfels
(Unterbringung, Verpflegung, Seminarkosten 245 €, Jugendliche bis 22 Jahre 125€)
Anmeldung und weitere Informationen:
Tel.033841/59510

24./25. Mai: Bundestreffen der Ökologischen Plattform bei der PDS in Hangelsberg (bei Fürstenwalde/Spree), Berliner Damm Nr.1 (Nähe Bahnhof), Vortrag von Saral Sakar, Programmdiskussion u.a.

31.Mai 2003, am Tag, Das Fest zum Protest in Gorleben, Kultur und Spaß am Widerstand (ganz im Ernst). Land-Party am Wunde-n-Punkt: Endlager Gorleben, Endlagerbaustelle, Info: www.nadir.org/sand

05.06.2003: WELTUMWELTTAG: sachsenweite Aktionen in den Regionen (ADELE - Ökologische Plattform bei der PDS Sachsen)

12.-14. September 2003: Landestreffen an der Talsperre in Windischleuba (ADELE - Ökologische Plattform bei der PDS Sachsen)

Anfang November (geplant): Workshop der Ökologischen Plattform auf Bundesebene, Thema: Welternährung und Ökologie

DOKUMENTIERT: Konferenz der Ökologischen Plattform zusammen mit der AG Wirtschaftspolitik vom Oktober 2002 u.a. mit den beiden Hauptreferaten von Klaus Steinitz und Wolfgang Borchardt (92 S.)
Bestellen: Ökologische Plattform, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Verkaufspreis inkl. Porto 5€

Zum Irakkrieg.

Geht das ewig so weiter?

Manfred Wolf

Mit und seit dem 15.2. hat die friedliebende Menschheit noch einmal Hoffnung geschöpft. Sollten die machtvollen Demonstrationen rund um den Erdball gegen den drohenden Krieg nicht doch die so viel über Freiheit und Demokratie redenden Führer des Westens nachdenklich stimmen und zum Einlenken bewegen? Für alle, die noch Argumenten und Fakten zugängig waren, war doch ohnehin längst klar: Irak stellt in seiner gegenwärtigen Verfassung keine Bedrohung für die Welt dar, die erdrückende Mehrheit aller Völker will diesen Krieg nicht, und die Mehrheit derjenigen, die in den USA und in anderen Ländern des Westens für militärische Aktionen votierten, ist von der diese Staaten beherrschenden Kriegspropaganda irregeleitet. Die Hoffnung wuchs sogar noch indem Maße, wie sich eine diplomatische Allianz von Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates heraus bildetet, die der UNO-Inspektion im Irak mehr Zeit einräumen wollte.

Aber die Bush-Administration verfolgt eine andere Politik. Sie wollte auch in diesem Fall nicht von ihrer Imperialistenlogik abweichen: Der Starke muß seine Position halten und weiter ausbauen. Dazu muß er andere gefügig machen, sie beherrschen und ausbeuten. Nebenbei geht es noch um die Verwertung vorhandener und die Erprobung neuer Waffensysteme. Geschwätz über Menschenrechte – pure Propaganda zur Vernebelung der Hirne geistig Unterbemittelter. Diese imperialistische Logik konnte in der Zeit nach dem II. Weltkrieg bis zum Zerfall der Sowjetunion und ihres Militärbündnisses nicht voll ausgelebt werden. Denn sie verstehen die Sprache militärischer und wirtschaftlicher Macht. Aber leider nur diese. Deshalb wird jetzt mit den unbrauchbar gewordenen Ergebnissen der Nachkriegsdiplomatie schrittweise aufgeräumt. Gleichberechtigung und Souveränität der Staaten, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Aggressionsverbot gelten nur noch so weit, wie sie ein Staat durch ökonomische und militärische Macht gegenüber anderen behaupten kann. Völkerrecht wird ersetzt durch

Faustrecht. In der wichtigsten Frage der internationalen Beziehungen, der Sicherung des Friedens, wofür die UNO geschaffen wurde, wird sie von den USA zu einer Schwatzbude degradiert. Die Staatengemeinschaft steht an einer Wegscheide. Für welche Richtung wird ihre Kraft und Souveränität noch ausreichen?
Noch konnte sich die UNO nicht zu einer klaren Verurteilung des Vorgehens der USA als völkerrechtswidrige Aggression aufraffen.

Und die deutsche Regierung? Mit dem Versprechen, sich nicht an einem Krieg gegen den Irak zu beteiligen, konnte sie sich über die Bundestagswahlen 2002 retten. Wir wissen, daß dieses Nein zur Beteiligung am Krieg von Anfang an halbherzig war. Es war gut abgefedert durch die Zusage vielseitiger peripherer Unterstützung. Jedermann weiß, daß eine kriegführende Armee auch eine sichere Etappe, Versorgungs- und Nachschubwege, Aufklärung, medizinische Versorgung, u.a.m. benötigt. Auch Stellvertreterleistungen auf anderen Kriegsschauplätzen oder in gefährdeten Regionen sind direkte Hilfeleistungen. Das alles gewährleistet Deutschland mit seinen Soldaten für den Agressor. Wer kann da noch reinen Gewissens von Nichtbeteiligung an diesem Krieg gegen das irakische Volk sprechen? Die so theatralisch vermarktete diplomatische Geschäftigkeit zur Verhinderung eines Krieges war zu keiner Zeit bis zur Konsequenz, d.h. bis zum Entzug *aller* Unterstützung, ernst gemeint und erweist sich im Nachhinein als Irreführung und Ruhigstellung für die Welt- und deutsche Öffentlichkeit. Die Realität kommt ungeschminkt zum Vorschein: Sie haben sich nicht, wie Robert Kurz neulich im ND schrieb, in Friedenskämpfer und Kritiker des westlichen Imperialismus verwandelt und wollen schon gar nicht die Zwänge des kapitalistischen Weltmarktes in Frage stellen. Auch die deutsche Regierung kann und will gegen die USA nicht bis zum Limit gehen. Bis heute haben weder Schröder noch Fischer die USA-Aggression verurteilt oder ihre sofortige Beendigung gefordert. Bei allem diplomatischen Gaukelspiel entscheiden am Ende neben dem Druck der USA geostrategische und ökonomische Interessen der Banken und einschlägiger Konzerne, die Furcht, bei der Ausbeutung der übrigen Welt wieder mal zu kurz zu kommen. Verfassung und geltende internationale Verträge werden brauchbar umgedeutet. Beim großen Hauen und Stechen, das Bush nun gegen den Rest der Welt begonnen hat, muß man schließlich, auch zur Sicherung der „internationalen Bedeutung Deutschlands", d.h. eines möglichst vorderen Platzes in der neuen Fressordnung, dabei sein.
Muß man wirklich? Wie lange will Deutschland noch bei diesem imperialistischen Gendarmengehabe gegenüber anderen souveränen Ländern mitmachen? Wozu brauchen wir eine schnelle Eingreiftruppe? Wie lange wollen wir noch in der NATO bleiben? Was ist mit den Lehren aus unserer Geschichte? Können wir uns keine bessere Welt vorstellen?

Die Menschen im Irak warten auf den Tod
Presseerklärung vom 18.03.2003

Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher der PDS, erklärt: Die Menschen im Irak warten auf den Tod. Auf diese entsetzliche Feststellung brachte der ARD-Korrespondent in Bagdad seine Zusammenfassung der Situation im Irak nach der Kriegserklärung des US-Präsidenten Bush.
Die Menschen warten auf den Tod. Die Vorbereitung eines Verbrechens, eines Massenmordes geht in ihre letzte Phase. US-Präsident Bush hat das Zeitalter der Angriffskriege, der Zerstörung des Völkerrechtes mit einer Rede voller Drohungen, Lügen und der Wiederholung unbewiesener Behauptungen eingeleitet. US-Präsident Bush hat im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen alle diplomatischen Ansätze, die auch jetzt noch eine friedliche Lösung möglich machen würden, beiseite gewischt und sich für den Krieg entschieden.
US-Präsident Bush ist zum ersten Fall des Internationalen Strafgerichtshofes geworden.
Der PDS-Parteivorstand ruft die Antikriegsbewegung auf, sich am „Tag X" hunderttausendfach dem Krieg, der Gewalt und der Zerstörung des Völkerrechtes entgegenzustellen.
Die PDS erinnert auch die Bundesregierung daran, dass ihre Politik so wie bisher dem Frieden zu dienen hat, dass sie durch das Grundgesetz daran gebunden ist, dem Angriffskrieg keinen Vorschub zu leisten und ihm entgegenzutreten.

Informationen zu Demos, Aktionen:
http://www.pds-online.de
http://www.prignitzer-appell.de

Geraer Kurs in einen neuen Politikstil übersetzen!

Kommentar zur innerparteilichen Lage und Vorschläge zu ökologischer Parteiarbeit

Marko Ferst

Die Beschaffenheit der PDS als Restkoalitionspartner in einer rot-rot-grünen Koalition im Bund möchte ich mir lieber nicht vorstellen. Was wäre von der PDS nach vier Jahren Selbstzerfledderung auf neoliberaler Regierungsebene unter Schröder geblieben? Einige in der Partei hielten eine solche Option ja durchaus für gangbar, spätestens 2006. Dieser „reformfreudige" Selbstbetrug überschätzt fatal die eigenen Möglichkeiten, etwas zu verändern im einzelnen Ministerstuhl. Kaum ein Zipfel gestaltender Macht würde ergriffen, dem aber ein völliger Vertrauensverlust folgen würde, bis tief in die Partei hinein.
Da ist der Absturz bei der Bundestagswahl möglicherweise, so tragisch er für die Entwicklung der PDS ist, auch ein Einschnitt, eine letzte Chance, noch mal grundsätzlich neu zu überprüfen, wohin man mit einer zukunftsfähigen, sozialistischen Option will. Ich hatte schon einen Zug gesehen, der nicht mehr aufzuhalten ist. Freilich besteht das Problem weiter. Die Verparlamentarisierung und Neutralisierung der PDS läuft nach wie vor. Das ist mit Gera nur gebremst. Die Einmauerung in die Elfenbeintürme der systemischen Schranken ist weit fortgeschritten. Da ist nicht nur die Frage zu stellen, ob man in der Bundesrepublik ankommen will, sondern die vorrangigere Frage ist, wo kommt die Bundesrepublik an?
Die PDS ist auch nach dem Geraer Parteitag noch nicht abgebracht von dem Weg, den uns die Grünen schon erfolgreich vorexerziert haben. Der Band von Paul Tiefenbach „Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei" gibt viele Hinweise, wo überall Korrektur nötig sein dürfte, wo überhaupt erst neue Strategien entwickelt werden müßten, um den Anpassungsverführungen standzuhalten. Viele Probleme treffen auf die PDS in geradezu analoger Weise zu. Man möchte den Band den Parlamentariern und sonstigen hauptamtlichen Parteiarbeitern als Pflichtlektüre ans Herz legen. Hinzu kommt natürlich, das analysiert Tiefenbach nicht, wie sehr sich die Realpolitik auch an die Wachstumszwänge der heutigen Megamaschine bindet, so daß ökologische Reformen nur in eng umschlossenen Räumen des ganzen Falschen durchgeführt werden können. Oft nur dort, wo Gewinne unterm Strich stehen, kommen Fortschritte zustande, deren Bilanz kaum mit Suffizienz verbindbar ist.
Wir hätten gute Gründe, den bündnisgrünen Weg permanenter Anpassung und Selbstverstümmelung nicht als Vorbild zu nehmen, sondern wenigstens den Versuch zu wagen, eine Politikkonzeption zu entwickeln, die Alternativen zuläßt und ausformuliert, sie zum wirklichen Korrektiv in der eigenen Politik aufbaut. Es reicht nicht aus, darüber oberflächlich daher zu erzählen, man muß dies in das praktische Politikhandeln implementieren. Verlangt ist auch, es sollte mehr kritischer Geist, mehr Neuerung auch von den kreativen Minderheiten aus Gesellschaft und der Partei heraus aktiv gefördert werden. Alles andere heißt, sich einem Absterbeprozeß als Partei hinzugeben.
Notwendig wäre, daß die PDS 2006 zur Bundestagswahl mit einem öffentlich wahrnehmbaren ökologischen Profil antritt und mögliche zwei- oder dreihunderttausend Stimmen nicht erneut an die Grünen verschenkt, sondern als ernstzunehmender Konkurrent auftritt. Eine solche Strategie kann langfristig nur fruchten, wenn das als Aufgabe aller Mitglieder in der Partei verstanden wird. Ein blaßgrünes Weichspülprogramm mit FDP-Einschlüssen wird freilich nicht ausreichen. Auch für eine wirksamere Westausdehnung könnten die Segmente Ökologie, Menschenrechte, Globalisierungskritik, Feminismus und Friedenspolitik eine tragende Rolle spielen. In der Endfassung des PDS-Programms sollten unmißverständliche Aussagen zu unserem ökologischen Profil stehen und zu der zivilisatorischen Herausforderung, vor der unsere Generation steht. SPD- und Grünen-Abklatsch ist eindeutig unzureichend. Freilich wäre es gut, wenn man wenigstens dieses Niveau erreichen würde. Aber eigentlich hätten wir ein höheres Qualitätsniveau anzustreben. 2006 sollten wir auch erreichen, daß zwei, drei im Ökologiebereich profilierte Kandidaten für den Bundestag gewählt werden können.
Gut vorbereitet (mindestens ein dreiviertel Jahr einplanen) wäre darüber nachzudenken, im Kontext der Gesamtpartei eine ökologische Konferenz vorzubereiten. Folgende Schwerpunktsetzungen könnten unter anderem interessant sein:
- Klima- und Naturschutz im 21. Jahrhundert
- Ökologische Stabilität, Globalisierungskritik und zukunftsfähige Weltinnenpolitik

Das sind erst mal rohe Vorschläge ohne personelle Untersetzung, sie zielen darauf ab, 2004 oder 2005 an die 1999er Ökologie-Konferenz anzuknüpfen und PDS-Schwachpunkte verstärkt in den Mittelpunkt zu stellen. Allgemeines Gerede vom ökologischen Umbau hilft uns nicht weiter und wurde zigmal durchgekaut. Freilich glaube ich nicht, Konferenzen würden den großen Durchbruch bringen. Aber wenn Gabi Zimmer als Parteichefin bei einer der nächsten Parteitage sich z.B. entschließen könnte, zehn Minuten ihrer Rede über die ökologischen Anforderungen sozialistischer Politik zu reden, hätte das kaum weniger Wir-

kung als so eine Konferenz. Freilich müßte man schon ein wenig wegkommen von Allgemeinplätzlichkeiten und das als ernsthafte Herausforderung begreifen. Zuarbeit aus der Plattform dürfte unproblematisch möglich sein. Eine Durchsicht sämtlicher Reden führender Genossen von den ganzen letzten Bundesparteitagen offenbart: PDS-Politik ist völlig taub für zukunftsfähige Ökopolitik. Das muß sich ändern!

Sicher wäre es gut, auch mal eine Idee zu kreieren, die man via Medien transportieren könnte. Auch für die Öffentlichkeit muß man wahrnehmbar machen: Die Ökologie bekommt in der PDS eine aufgerückte Stellung. Um das mal in ein Bild zu fassen: Gregor Gysi und Gabi Zimmer blockieren zusammen mit eintausend Atomkraftgegnern den Atomzug und das via Tagesschau durch die Republik geschaltet – das wäre schon mal ein Anfang. Sicher könnte man auch kleinere Brötchen backen. Schon ein Plattformstand beim Tag der Umwelt oder ähnlichen Anlässen wäre nicht unbedingt ein Fehler. Es müssen ja nicht immer dieselben Leute das organisieren.

Vielleicht wäre es hilfreich, für die Abgeordneten im Kommunalparlament eine Arbeitsmappe oder Broschüre zu entwerfen, wie sie vor Ort ökologische Prämissen unterstützen und durchsetzen könnten. So weist Günter Pollach in der RLS-Studie „PDS am Scheideweg“ z.B. darauf hin, PDS-Akteure vor Ort lassen oft kein besseres Umweltbewußtsein als CDU und SPD-Akteure erkennen. Vielleicht könnte man für solch eine Broschüre auf die Erfahrungen in den neuen Agendabüros in Mecklenburg-Vorpommern zurückgreifen. Ohnehin würde es sich empfehlen, so etwas in Kooperation mit der Grünen Liga, dem BUND und anderen Verbänden sehr praxisnah zu erarbeiten. Man wird nicht alle Fragen klären können, weil in den einzelnen Bundesländern z.B. unterschiedliche Förderbedingungen herrschen. Aber einige Hilfestellungen könnten sicher gegeben werden. Eine hohe fachliche Qualifikation für diese Arbeit ist vorausgesetzt. Die Hauptfrage ist natürlich: Wer kann so etwas entwerfen. Ehrenamtlich vermag man vielleicht ein paar Zuarbeiten aus der Plattform liefern. Aber vom Grunde her müßte das ein umweltpolitischer Mitarbeiter in der Zentrale leisten oder extern in Auftrag gegeben werden. Und so ein Vorhaben ist natürlich nur sinnvoll, wenn es denn auch überall beim PDS-Akteur an der Basis oder im Stadtparlament ankommt. Das muß straff organisiert sein.

Über alle Parteiarbeit hinaus sollte man freilich nicht aus dem Blickwinkel verlieren, es geht nicht darum, daß wir hier und da ein paar grüne schmückende Girlanden aufhängen. Die jetzige globale gesellschaftliche Entwicklung wird uns früher oder später einen Absturz in eine dunkle Epoche bringen, bei der kein Ende abzusehen sein wird. Ich zweifele daran, daß dies noch abzubremsen ist, obwohl dies im höchsten Maße geboten wäre. Schwer abzuschätzen ist, wie sich die ökonomische Globalisierung, bei der massenweise soziales Geschirr zerschlagen wird, die selektive Weltherrschaft Washingtons und sonstigen Kriegstreibereien rund um den Globus mit dem Überrennen der ökologischen Demarkationslinien verschränken werden. Emanzipatorische Politik kann aus dieser Mixtur sicher nicht erwachsen.

Gerade bei dieser Voraussicht empfiehlt sich, die PDS nicht zum billigen Wahlverein herunter zu degradieren. Die PDS verfügt über historische Verantwortung, die nicht nur als Heiligenschrein hin und wieder aufzustellen ist, wenn aus Reformpolitik sich der blanke Reformismus herauskristallisiert hat. Ich weiß nicht, ob die PDS die jetzige innerparteiliche „Schlammschlacht“ und deren Nachwirkungen überstehen wird. Über hellseherische Fähigkeiten verfüge ich nicht. Aber diejenigen, wie Petra Pau, die permanent den Untergang der PDS predigen, wenn nicht das eigene Koordinatensystem zum Zuge kommen sollte, mögen vielleicht doch darüber nachdenken, ob dieses Verhalten wirklich angemessen ist für eine Bundestagsabgeordnete der PDS oder ob man sich damit nicht zu einem Feindbild aufbaut. Überdies sehe ich auch nicht, daß die Geraer Zäsur bedeutet, wir würden zur SED zurückdriften, wie unter anderem Andre Brie festzustellen glaubt. Wenn dies so wäre, könnte man mit scharfer Kritik von mir rechnen. Die „rechten“ Reformer sind gut beraten, die eigenen Fehler nicht zu vertuschen, sondern aufzuarbeiten. Ich sehe derzeit nur eine Verweigerungshaltung.

Wir sind in Berlin kaum zur Fehleranalyse bei der rot-roten Koalition vorgedrungen, da offeriert Wolfgang Gehrke Rot-Rot für Brandenburg. Warum kommt man nicht wenigstens auf die Idee, das auch mit ein paar klaren Forderungen zu verbinden. Wenn die SPD die Gemeindegebietsreform zurücknimmt, überall dort wo die Gemeinden und Bürger dagegen sind, wenn ein eigenständiges Umweltministerium wieder eingeführt wird und der Großflughafen Schönefeld vom Tisch ist und einige andere Forderungen erfüllt sind, dann kann man über Rot-Rot nachdenken. Ansonsten wiederholt man den Kardinalfehler, der auch in Berlin praktiziert wurde. Man macht sich zum willigen Instrument der SPD-Politik ohne wahrnehmbare eigenständige politische Linie. Und einer Koalition, in der die PDS nur eine statistische Rolle spielt, muß man einfach ganz klar eine Absage erteilen. Regieren um jeden Preis lohnt sich nicht.

Daß Berlin für die gesamte PDS ein Klotz am Bein ist, läßt sich schwer übersehen. Ernstzunehmende Reformprojekte sind nicht erkennbar, die Öffnung der U-Bahnschächte für Obdachlose und andere Einzelpunkte sind sicher zu begrüßen, können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die PDS beim Bankenskandal bereits Teil des Problems ist. Beim Flug-

hafen Schönefeld stützt sich der Koalitionsvertrag auf den verfassungswidrigen Konsensbeschluß. Die Brandenburger PDS-Fraktion meint, er wäre dies. Die derzeitige Berliner PDS-Führungselite will jetzt den VEB Schönefeld gründen. Diese Art von Ausbruch des „Sozialismus“ wird ca. 5 Milliarden Euro aus dem Staatssäckel kosten für die beiden Bundesländer und den Bund, wenn man berücksichtigt öffentliche Bauten werden im Schnitt 30% teuerer als geplant. Die Sanierung der dioxinverseuchten Bodenpartien auf dem Flughafengelände ist in dieser Rechnung noch gar nicht mit dabei. Meine Frage ist nur, wieviel Streichorgien die PDS in Berlin dafür anderswo durchführen will. Vorschläge: Freie Universität schließen, Anzahl der Kindergartenplätze halbieren, Schulsteuer einführen. Irgendwo müssen die Milliarden für den Großflughafen ja herkommen! Offensichtlich legt die PDS großen Wert darauf, am nächsten Großskandal in Berlin auf tiefste Weise verstrickt zu sein.

Es gibt viele weitere gute Gründe, dieses unproduktive rot-rote Bündnis zu verlassen, und das Bonuspunkteproblem dürfte vermutlich nur eine günstige Gelegenheit gewesen sein für Gysi, sich von diesem gescheiterten Experiment abzusetzen. Das Problem ist sicherlich, man müßte inzwischen mit halbierten Wahlergebnissen leben, weil die Wähler und Wählerinnen rapide das Vertrauen verloren haben in das rot-rote Regieren. Also weiterwursteln und hoffen, daß am Ende doch noch ein paar Pluspunkte herauskommen 2006? Ich tendiere dazu, es wäre die bessere Lösung, ein geeignetes Fenster für die Beendigung der Koalition zu finden.

Derzeit arbeite ich gerade von der Universität her an einer umfangreichen Projektkursarbeit, ob es einen Politikwechsel in der Umweltpolitik unter Rot-Rot in Mecklenburg-Vorpommern gegeben hat. Dabei zeigte sich, es gibt auch manchen umweltpolitischen Erfolg zu verzeichnen, sicher in bescheidenen Ausmaßen und nicht ohne einige Schönheitsfehler. Diese Arbeit bestärkte mich erneut darin, es ist notwendig, die Ergebnisse von PDS-Politik genauer zu evaluieren, ohne interessierte Rosarotmalerei. Damit kann man eine realistischere Einschätzung gewinnen, was möglich ist und was nicht. Solches Wissen dürfte in Zukunft noch wichtiger werden. Man muß solide Konzepte haben, was man in einem Sozialministerium oder einem Umweltministerium umsetzen will. Sonst sollte man es bleiben lassen. Man darf ein Ministerium nicht nur verwalten, da hat Wolfgang Methling völlig recht.

Es gibt gute Gründe, den Geraer Kurs zu konsolidieren unter Einschluß aller, die zusammenarbeiten wollen und können. Zu hoffen bleibt, daß Gabi Zimmer Parteiintegration und Selbstbeschädigung durch Selbstaufgabe auseinanderzuhalten weiß. Für eine Erneuerung der Partei hin zu gestaltender Oppositionskraft und nachhaltiger Regierungsarbeit hat sie Unterstützung verdient. Unbedingt professioneller muß die Medienarbeit werden. Eine erneute „rechte“ Reformpolitik ohne die Kraft, wirkliche Veränderungen durchzusetzen, führt in der PDS zu einer neuen Eiszeit. Dies gilt es zu verhindern. Wir brauchen keine parlamentarische Betriebsamkeit, die auf paßfähiger Beliebigkeit beruht. Diejenigen, die sich als fünftes Rad der SPD verstehen, sollten auch in diese Partei wechseln. Wenn die Parteirechte sozialdemokratische Politik will, dann wäre es das Logischste, sich der SPD-Linken anzuschließen. Fair ist jedenfalls nicht, die eigene mediale Vermittlungsmacht zu mißbrauchen, um die PDS als sozialistisches Projekt zu unterminieren, indem man die Partei totredet und regelmäßig erneut ideologische Brandsätze zündet. Mit sinnvollen Reformen in und mit der Partei hat dies jedenfalls nichts gemein.

Zettelkasten:

Aus: Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei

Paul Tiefenbach

„Der Wahlerfolg, nicht die Durchsetzung politischer Ziele, wird zum Erfolgkriterium. Wahlerfolge und politische Zielsetzungen werden in eins gesetzt. Das zwischen beiden ein Zusammenhang besteht, ist sicherlich zutreffend. Das dieser Zusammenhang aber wesentlich komplexer ist als die einfache Gleichsetzung, und daß mitunter Wahlerfolge gerade die Aufgabe politischer Ziele erfordern, wird verdrängt.“

„Der alleinige Blick auf die programmatische Kontinuität täuscht. In keiner Partei, auch nicht bei den Grünen, spielt das Parteiprogramm eine nennenswerte Rolle.“

„Parteien sind nicht egalitäre Vereinigungen Gleichgesinnter, was die Grünen anfangs werden wollten. Sie sind aber auch nicht mehr durch die Dichotomie von Elite und Basis geprägt. In der Tendenz sind sie nur noch Elite. Die Mitglieder werden kaum mehr gebraucht.“

„Es gibt zahlreiche Angestellte, Michels spricht von Parteibeamten, die von der Partei leben. Nach einiger Zeit tritt für sie der Erhalt ihrer Lebensgrundlage in den Vordergrund – die politischen Ziele dienen ledig-

lich noch als Mittel, den Erhalt der Organisation zu sichern, was zum neuen zentralen Ziel wird. ‚So wird die Organisation aus einem Mittel zum Zweck zu einem Selbstzweck.'"

„Das Führertum verfestigt sich, es entsteht eine relativ stabile Führungsgruppe in der Partei, die sich durch Kooption erneuert. Damit ist gemeint, das die Führung versucht, das Eindringen ihrer Meinung nach ungeeigneter Personen in die Führungsgruppe zu verhindern. Sie wählt selbst aus, wer zur Führungsgruppe gehören soll. Diese Führungsschicht, die Parteielite, wird nach und nach in die politische Klasse ihres Landes aufgenommen. Die ihr angehörigen nehmen als Abgeordnete oder gar Minister an allen Privilegien teil, die die politische Klasse genießt. Dies macht sie versöhnlich, sie entwickeln Verständnis für die Probleme und Nöte der politischen Klasse. Die Probleme der sozialen Schicht, der sie entstammen, geraten mehr und mehr in Vergessenheit."

„Die Berufspolitiker sind überlegen. Und sie sehen gar nicht ein, warum sie diese Überlegenheit nicht auch ausnutzen sollten. Freilich verfügten die Grünen in ihrer Frühphase flächendeckend über Organe, die geeignet waren, diese Probleme spürbar zu verringern: die Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften. ... Grüne Funktionäre, einfache Mitglieder und Nichtparteimitglieder kooperierten hier. Dies änderte sich mit dem Entstehen der Fraktionen und des Berufspolitikertums. Die Abgeordneten agierten zunehmend als ‚politische Unternehmer'. Sie hatten die Stärkung ihrer eigenen Dominanz auf dem Markt des politischen Handelns im Sinn, nicht aber, sich politische Konkurrenten selbst heranzuzüchten. Sie betrauten mit Aufgaben lieber ihre weisungsgebundenen Mitarbeiter, als eine Basisgruppe zu beteiligen, die die basisdemokratischen Regelungen oft so auslegte, daß sie gegenüber den Hauptamtlichen weisungsbefugt war. Dies Problem stellte sich um so mehr, wenn die Facharbeitsgruppe – was oft der Fall war – zum fundamentalistischen Flügel neigte, die Hauptamtlichen dagegen zum realpolitischen. Abgeordnete und ihre Facharbeitsgruppen trafen dann in innerparteilichen Auseinandersetzungen als politische Gegner aufeinander. ... Da, wo Abgeordnete in den Arbeitsgruppen mitarbeiteten, spielten sie nach kurzer Zeit eine dominierende Rolle. Das lag meist weniger an ihrer fachlichen Überlegenheit."

„In besonders hohem Maße sind die Abgeordneten Lob und Tadel des Gegners in den parlamentarischen Ausschüssen ausgesetzt. Kleinere Fraktionen dürfen oft nur einen Abgeordneten in den Ausschuß schikken, der dort völlig auf sich allein gestellt ist. Er kann sich auch nicht darauf beschränken, so wie im Plenarsaal eine vorbereitete Rede abzulesen, sondern muß, wenn er eine abweichende Meinung äußert, mit einer Art Kreuzverhör rechnen. Seine Gegner sind dabei Abgeordnete, die dem Ausschuß oft schon Jahrzehnte angehören und zudem noch durch Beamte, die beruflich nichts anderes machen, unterstützt werden. Es gehört viel Vorbereitung und viel Mut dazu, sich hier überhaupt auf eine kontroverse Debatte einzulassen."

[Der Abgeordnete] „weiß nach einigen Jahren Parlamentstätigkeit genau: wenn er dieses oder jenes sagt, geht ein Raunen durch den Saal. Zwischenrufe wie ‚Das gibt's doch wohl nicht' oder ‚Wo leben sie eigentlich?' bringen ihn womöglich aus dem Konzept. Formuliert er die Dinge dagegen etwas milder, verzichtet auf die ein oder andere Spitze und baut stattdessen einige scheinbar bedeutungsschwere Phrasen ein, kann er mit Szenenapplaus und freundlichem Kopfnicken rechnen. Lob und Anerkennung des Gegners führen auf diese Art zu einem Abschleifen der Kritik und zur Anpassung der Meinungen im Parlament."

„Das Hinzutreten der Verwaltungsperspektive ist zunächst eine Erweiterung des Horizonts, eine wichtige zusätzliche Qualifikation. Das Problem besteht darin, daß dieser Zustand, beide Welten zu kennen, mit der Dauer der Parlamentszugehörigkeit in der Regel abnimmt und die Verwaltungsperspektive die dominierende oder sogar die einzige Sichtweise wird. Sie erscheint nämlich dem neuen Abgeordneten als die konkretere und daher höherwertige."

„Aber gerade der offensichtliche Drang nach Regierungsbeteiligung schwächt die Verhandlungsposition in Koalitionsgesprächen. Die anderen Parteien spüren, daß die Grünen [PDS] zu jedem Kompromiß bereit sind, um in die Regierung zu kommen - und nutzen dies weidlich aus."

„Hofften in früheren Jahren die Jusos, die SPD von innen heraus zu verändern, so hoffen jetzt viele enttäuschte Sozialdemokraten auf die Grünen als radikal verändernde Kraft. Andere wiederum sehen in der PDS eine neue Chance für die Linke. Auch der Drang, ganz neue Parteien oder Wählerlisten zu gründen, ist ungebrochen. All diese Versuche sind sinnlos, soweit sie sich auf eine qualitative, grundlegende Veränderung der Politik richten. Die Grünen werden, abgesehen von zeitweiligen taktisch motivierten Varianten, ihre Integration in die politische Klasse konsolidieren. Hatten die Grünen diese Integration schon schneller bewältigt als die SPD, so deutet alles darauf hin, daß die PDS diesen Weg in noch kürzerer Zeit zurücklegen wird, sofern ihr der Wähler eine Chance dazu läßt." (1998)

DIE TARANTEL-BÜCHERECKE

Klima. Spektrum der Wissenschaften. Dossier
Beiträge zur Klimaerwärmung, warum die Sahara zur Wüste wurde, zur Ausbreitung von Krankenheiten bei einem verstärkten Treibhauseffekt, zum eisigen Klimaarchiv auf Grönland, Eisabflußraten auf der Antarktis, El Nino u.a.
90 Seiten, Spektrum der Wissenschaften, 2002, 8,90€

Carl-A. Fechner und Nicola Enderle
Strom aus Sonne. Fotovoltaik
Der Solarstrommarkt boomt, weltweit. Welche Möglichkeiten schafft die neue Technik? Welche Chancen bringt sie den Menschen hier und in den Entwicklungsländern? Kann Solarstrom helfen, das Klima- und Energieproblem zu lösen? Der Film gibt mit erstklassigen Bildern und didaktisch hochwertigen Computeranimationen einen Überblick über den derzeitigen Leistungsstand aus technischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher Sicht.
Film, 43 Min., TV: NDR, 25,00€ (Bestellung Tel. 07462/9239200, www.fechnermedia.de)

Jean Ziegler
Wie kommt der Hunger in die Welt. Ein Gespräch mit meinem Sohn
Warum hungern in Afrika, Asien, Lateinamerika und selbst in Osteuropa Millionen von Menschen? Warum gibt es andererseits Regionen, in denen Nahrungsmittel vernichtet werden? Wie entsteht dieses Ungleichgewicht und wer trägt die Verantwortung dafür? Jean Ziegler stellt sich den bohrenden Fragen seines Sohnes, warum die Reichen immer reicher werden und sich gleichzeitig der Hunger immer weiter ausbreitet. Denn jährlich verhungern 30 Millionen Menschen, Hunderte von Millionen sterben an den Folgen von Krankheiten, Epidemien und Mangelerscheinungen infolge von Unterernährung - und dies, obwohl die weltweit produzierten Nahrungsmittel für über 12 Milliarden Menschen ausreichen würden. Der politisch gerade für die Menschen in der sogenannten Dritten Welt engagierte Autor hat sich vor Ort ein Bild verschafft und erkannt: Hunger ist kein Schicksal, sondern Menschenwerk.
168 Seiten, Goldmann, erweiterte Taschenbuchausgabe 2002, 8€

Jahrbuch Ökologie 2003
von Günter Altner, Heike Leitschuh-Fecht, Udo E. Simonis
Band mit unterschiedlichen Texten rund um das Thema Umwelt
304 Seiten, C. H. Beck, 2002, 14,90€

Ernst-Otto Czempiel
Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen
Seit dem 11. September 2001 hat das 21. Jahrhundert endgültig begonnen. Während das Jahrzehnt nach 1989 ganz von der Auflösung der Sowjetunion und dem Ende des Ost-West-Konflikts bestimmt war, sehen wir uns heute mit einer neuen Konstellation konfrontiert, in der die wachsenden Spannungen zwischen der westlichen Welt und den islamischen Gesellschaften, die immer unverhülltere Dominanz der USA und vor allem die radikalen Erscheinungsformen des Terrorismus zu einer kritischen Masse der Weltpolitik geworden sind. Czempiels Buch ist eine glänzende Einführung in die aktuelle Lage der Weltpolitik. Eine links sozialdemokratische Sicht könnte man hinter seinen Darlegungen vermuten, die recht kenntnisreich und sachlich sind, was nicht heißt, daß man in der PDS etwas radikaler in den Forderungen sein dürfte.
229 Seiten, C. H. Beck, 2002, 12,90€

Produktivität und Kreativität.
Erich Fromm Forum
Broschüre mit Beiträgen von Erich Fromm, Rainer Funk, Hermann Lang u.a zum Thema
100 Seiten, 10€, 2002, Bestellung über: Erich Fromm-Archiv, Ursrainer Ring, D-72076, Tel.07071-600004

Götz Schmidt, Ulrich Jasper
Agrarwende oder die Zukunft unserer Ernährung
Die Autoren zeigen, daß eine Agrarwende nicht neu erfunden muß, sondern auf den alternativen Ansätzen aufbauen kann, die in den letzten Jahrzehnten entwickelt wurden. Neben einer vorurteilslosen Analyse der politischen und wirtschaftlichen Interessen, die die Agrarpolitik bestimmten, werden in diesem Buch vor allem konkrete Schritte benannt, die zu einem verantwortlichen Umgang mit der Natur und unseren Ressourcen führen.
220 Seiten, C. H. Beck, 2001, 12,50€

Ökologische Politik und Wirtschaftswachstum sind unvereinbar

Rudolf Bahro

In Ihrer Vorlesungsreihe zur Sozialökologie wollen Sie über die „Einrichtungen für eine Politik der ökologischen Umkehr" sprechen. Worin unterscheidet sich Ihr Ansatz gegenüber den gängigen Auffassungen von ökologischer Politik?

Meine Begründung ist anders. Sieben Semester lang habe ich zuvor über die geistigen Grundlagen ökologischer Politik gesprochen, und jetzt will ich versuchen, so eine Art Schlußstein zu setzen. Ich denke, die eigentliche Substanz, mit der wir so einschnürend die Erde überziehen ist nicht Beton, Stahl, Silizium usw., sondern etwas, was Marx tote Arbeit genannt hat, und was man noch geschickter toter Geist nennen kann. Wenn also die ökologische Krise geistig und wie wir aus der Psychologie wissen, auch seelisch verursacht ist, dann kann ökologische Politik nur Bewußtseinspolitik sein. Das habe ich in der Überschrift der Vorlesungsreihe zum Ausdruck gebracht, indem ich von einer Politik der ökologischen Umkehr rede, ein Terminus, der ja aus dem spirituellen Kontext stammt.

Das ist aber sicher nur ein Teil Ihrer Kritik an der konventionellen Sicht?

Weiter gehe ich davon aus, die Gesellschaft und Politik in der Bundesrepublik, mal etwas verkürzt unterm Strich gesprochen, haben von der ökologischen Krise nichts verstanden. Das zeigt sich daran, daß die entsprechenden Weichenstellungen als abhängig von einer Finanzpolitik dargestellt werden, die am Wachstumsmechanismus hängt. Also ökologische Politik ist nur möglich, wenn die Wirtschaft wächst, lehrt uns das politische Spektakel gerade der letzten Jahre nach der Vereinigung, mit einer Ausnahme: Wenn man ganze Industrien zumacht aus keinesfalls grüner Motivation, das hat dann auch gewisse ökologische Vorteile - unbeabsichtigterweise.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus?

Für mich kann von ökologischer Politik wirklich nur dann die Rede sein, wenn die Gesellschaft ihren ganzen Lebensprozeß in der Einsicht anlegt, das Verhältnis Mensch - Natur ist das Umfassendere und ist die Grundlage des Mensch - Mensch - Verhältnisses. Für ökologische Politik müssen wir den Ausgangspunkt bisheriger Politik, der immer in den innergesellschaftlichen Kämpfen liegt, also in den Interessenkämpfen, in den verschiedenen Besitzständen, umkehren. Die Gesellschaft sollte sich von der Einsicht leiten lassen, daß heißt, es gibt einen Konsens mehrheitlich, das Mensch-Natur-Verhältnis hat Vorrang vor all den innergesellschaftlichen Kämpfen, die der Mensch mit dem Menschen austrägt. Es läuft aber umgekehrt. Vorrang heißt wiederum nicht, es gegeneinander auszuspielen, sondern die Integration muß auf die Einsicht gebettet sein, wir können unsere gesellschaftlichen Defizite nicht auf dem Rücken der Natur austragen. Seit der Mensch in den Städten lebt, läuft das schon so. In der Moderne mit den Großstädten und mit der kapitalistischen Struktur, die feudale war noch mit dem Boden verbunden, sind wir vollends übergeschnappt, was den Kopfstand in dieser Frage betrifft.
Alle politischen Kräfte, die auf dem Felde sind, denken eigentlich, daß ökologische Politik eine Frage von an die gegebene Struktur anzuhängenden Neuerungen ist. Es geht also nur um ergänzende Anbauten, im Sinne von neu errungen. Natürlich haben einzelne Denker auch schon mal etwas anderes gesagt, wie Carl Amery z.B. in „Natur als Politik".
Ohne eine Grunderneuerung des ganzen institutionellen Zusammenhangs, einschließlich einer völligen Neueinordnung der Wirtschaft, haben wir gar keine Chance, weil die moderne Gesellschaft mit ihrer wissenschaftlich inspirierten Massenproduktion expansiv auf einer endlichen Erde ist. Die Logik, die herrscht, ist erweiterte Reproduktion, und wir brauchen Institutionen, die die Rückführung auf einfache Reproduktion leisten, insbesondere was die Material- und Energieverbräuche betrifft. Wir müssen den jetzigen Stand dieser Verbräuche drastisch zurückschrauben, denn er sprengt bereits die Naturgleichgewichte. Wir brauchen Institutionen, die diese Umsteuerung leisten können, sonst gibt es einen fürchterlichen Krach etwa vom Typ bandenmäßiger Bürgerkriege.

Ökologisch-soziale Marktwirtschaft ist aus Ihrer Sicht kein Thema? Etwa was Franz Alt, einige Umweltminister u.a. als ökologischen Marshallplan vorgestellt haben - sehen Sie eine andere Perspektive?

Ökologisch soziale Marktwirtschaft ist erst mal ein ideologischer Terminus, der in verschiedenen Köpfen sehr Verschiedenes bedeutet. Ich hatte in meinem Buch „Logik der Rettung" in der Auseinandersetzung mit Kurt Biedenkopf gezeigt, wie öffnungsfähig dieses Konzept ist. Für Biedenkopf war der Gedankengang so: Es gibt die Idee der sozialen Marktwirtschaft und die ist als Ordnungsprinzip nicht verwirklicht, stellte er fest. Das scheint nur so. Er sagt, der ökologischen Krise werden wir nur begegnen können, wenn ökosoziale Marktwirtschaft als Ordnungsprinzip durchgesetzt werden kann. Weiter formuliert er, wie ist es

möglich, die innere Souveränität des Staates herzustellen, als eines Ordnungsrahmens, der dem Marktmechanismus wirklich Grenzen setzen kann und wirklich Gesetze geben kann. Dies ist etwas, das bisher einfach nicht funktioniert hat. Weil der Rahmen für so etwas nicht da ist, kann Biedenkopf das auch in Sachsen als Ministerpräsident nicht realisieren.
Man sollte sich aber vor endlosen Prinzipiendiskussionen hüten. Worum es vielmehr geht, ist die Realität, der heutige Weltmarktmechanismus, der weder sozial noch ökologisch ist, seiner innersten Natur nach, der ist erst mal als siegreich gegeben. Die Fragestellungen, die Franz Alt transportiert, das sind deshalb die sprengendsten, weil sie den für diese Weltmarktentwicklung unerläßlichen Expansionismus von noch mächtigeren materiellen Interessen her, nämlich von den elementarsten Überlebensinteressen des Menschen, gegenübertreten. Um diese Überlebensinteressen müßte eigentlich ein stärkerer politischer Wille konstituierbar sein, als um die gestaffelten Sonderinteressen ökonomischer Art, bei denen es nämlich viel mehr um Statusprobleme, man könnte auch mit Friedrich Engels sagen, um Genuß- und Entwicklungsmittel statt um Subsistenzmittel geht. Trotz alledem sind letztere Faktoren nicht so heiß wie die Überlebensfrage. Es ist also denkbar, daß sich politische Kräfte formieren, die diesem ökonomischen Amoklauf Halt sagen.

Sie schlagen vor, so eine Art „Ökologisches Oberhaus" könnte eingerichtet werden bzw. ein ökologischer Rat ...

Diese Idee macht inzwischen Schule, nur nicht in der Lesart, die ich bevorzuge. Zu einem Podiumsgespräch habe ich Professor Michael Kloepfer von der Humboldt-Universität eingeladen. Zusammen mit Professor Hans Christoph Binswanger entwarf er Vorschläge, wie die innere Rechtsverfassung der EG auf ökologischen Kurs gebracht werden könnte. Der größte Abschnitt in ihren Papieren ist die Idee eines ökologischen Rats für die EG aus 26 Fachleuten, die ein Vetorecht gegen EG-Beschlüsse über ein halbes Jahr haben. Das ist das Maximum an Einfluß, den sie ausüben können. Wenig ist es in der Hinsicht, daß es nach einem halben Jahr überrollt werden kann. Bleibt die EG-Bürokratie nur unter sich, hat es wenig Effekt. Wenn es andererseits eine Volksbewegung gäbe, die diese Sachen thematisiert, dann ist ein halbes Jahr Diskussion genug, um Projekte wirklich vom Tisch zu bringen. Dann ist es nicht nur eine Verzögerung, und es kann aus diesem meiner Ansicht nach inkonsequent formulierten Vorschlag, bei dem vielleicht auch Taktisches im Hinterkopf sitzt, bei denen, die das vorschlagen, mehr werden als jetzt diskutiert wird. Ich denke, der ökologische Rat würde eigentlich die Oberhausfunktion haben. Dort läge die Richtlinienkompetenz, in der sich das Mensch-Natur-Verhältnis wiederfinden muß. Im Bundestag ist nur das Mensch-Mensch-Verhältnis wiedergespiegelt. Das Mensch-Natur-Verhältnis braucht eine Instanz, und das ist auch in dem Vorschlag für einen Ökologischen Rat bei der EG so gedacht, nur es ist institutionell nicht konsequent formuliert. *gekürzt*

Das Interview führte Marko Ferst. Transkription (2002) eines Interviews von 1994. Hier in der „tarantel" erstmalig in voller Länge.

Rudolf Bahro veröffentlichte 1977 „Die Alternative" als Reformvorschlag, um die politibürokratische Herrschaftsform in der DDR zu überwinden. Nach zwei Jahren Gefängnis wurde er in die BRD abgeschoben, engagierte sich dort bis 1985 bei den Grünen, die ihm aber ein völlig unzureichendes ökologisches Politikverständnis realisierten. Sein zweites Hauptwerk „Logik der Rettung" kritisierte 1987 die Grundlagen des patriarchal-kapitalistischen Zivilisation. Bis zu seinem Tod 1997 lehrte er als Professor für Sozialökologie an der Berliner Humboldt-Universität. Zuletzt erschienen: „Wege zur ökologischen Zeitenwende" (2002, zusammen mit Franz Alt und Marko Ferst)

Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis von „Wege zur ökologischen Zeitenwende":

Die Prüfung durch die ökologische Krise. Interviews, Vorlesungen und ein Aufsatz

RUDOLF BAHRO
Wir brauchen eine Instanz für das Naturverhältnis, S.13

RUDOLF BAHRO
Die Idee des Homo integralis – oder ob wir eine neue Politeia stiften können, S.21

RUDOLF BAHRO
Die menschliche Natur, die Gesellschaft und der Staat in der Prüfung durch die ökologische Krise. Über den Ansatz der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland"

„Tugend des Unterlassens" oder von den Erwartungen an die Gesellschaft, S.31

„Subsidiarität und Äquivalenz" oder von den Erwartungen an den Staat, S.49

Ökologisch-soziale Landeskultur als Prüfstein, S.67

RUDOLF BAHRO
Tektonik des Verderbens, S.84-120

mehr zu Rudolf Bahro unter: **www.umweltdebatte.de**
Biographie: **www.bautz.de/bbkl/b/bahro_r.shtml**

Das Verschwinden der Regenwälder könnte zu einer neuen Eiszeit führen

José A. Lutzenberger

Bezüglich der Gefahren einer Klimaverschiebung durch die CO_2 Emissionen, wird allgemein davon ausgegangen, dass wir durch Treibhauseffekt ein wärmeres Klima bekommen, mit Schmelzen der Polarkappen und Überflutung enormer Flächen in den Küstenregionen (Hamburg, London, Rio, Hongkong, etc., ganz Norddeutschland, Bangladesch, usw.). Einige Klimatologen gehen aber auch davon aus, durch ein Wärmerwerden des Klimas könnte dann ein Umkippen in eine neue Eiszeit kommen. Wärmeres Wetter führt zu intensiverer Bewölkung, das bedeutet mehr Albedo, mehr von der einstrahlenden Sonnenenergie wird in den leeren Weltraum zurückgestrahlt, der Wärmehaushalt des Planeten verschiebt sich Richtung kälter. Es gibt aber noch einen anderen Faktor, der zu neuer Vereisung führen könnte.

James Lovelock (Gaia-Hypothese) hat mich in einem persönlichen Gespräch schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass, sollte der Regenwald in Amazonien vernichtet werden - wenn die Wucht der Zerstörung so weiter geht, wie bisher, könnte er in wenigen Jahrzehnten fast total verschwunden sein; einige brasilianische Wissenschaftler sehen als pessimistische Hypothese zwanzig Jahre, als optimistische dreissig (!) - dann könnte das zu einem Umkippen des Golfstroms mit Ausbrechen einer neuen Eiszeit führen.

Der Regenwald ist nicht, wie oft gesagt wird „Die Lunge der Erde". Das ist eine falsche Metapher, Lungen produzieren ja nicht Sauerstoff, wie da suggeriert werden soll, sie produzieren Kohlendioxid. Der Regenwald, das trifft auch zu für die anderen Regenwälder in Afrika, Asien und Australien, ist aber eine gewaltige Wärmepumpe, die überschüssige Wärme aus dem tropischen Gürtel in die höheren Breitengrade, nord und süd, leitet.

Der Regenwald hat eine enorme Evapotranspiration, das ist die Summe der Verdunstung und Veratmung. Von dem Regen, der auf den Wald niedergeht, kommen an die 25% am Boden gar nicht an, das genügt gerade, um das mächtige Blattwerk – bis zu 40 m hoch - nass zu machen, und verdunstet gleich wieder, sobald die Sonne scheint. Von den 75%, die am Boden ankommen, nimmt die Pflanze 50% auf und veratmet sie für ihren Stoffwechsel. Nur ein Viertel des Wassers landet in den Quellen und Bächen und geht zum Meer. Auf dem langen Weg, von Westamazonien bis zu den Anden sind es Tausende von Kilometern, verdunstet wieder ein Teil. Der Regenwald macht also sein eigenes Klima. Wenn es an den Andenhängen regnet, ist es Wasser, welches zwischen sechs und sieben mal ab und aufgegangen ist: Regen – Verdunstung, neue Wolken – neuer Regen - neue Wolken, usw. Das bedeutet, dass der Regenwald sehr anfällig ist. Er könnte zusammenbrechen, lange bevor er ganz gerodet ist.

Obiger Zyklus geht vorwiegend von Ost nach West (Passatwinde). Man kann das auf den Satellitenbildern der NASA klar sehen. Die grossen Wolkenmassen gehen von Ost nach West. Wo sie an die Anden prallen, teilt sich der Strom in zwei Hälften, eine geht nach Norden, geht dann parallel zum Golfstrom bis nach Europa hinein. Wir wissen nicht, wie weit der Golfstrom die Luftmassen, oder umgekehrt, die Luftmassen den Golfstrom beeinflussen. Die andere Hälfte geht nach Süden, bestimmt das Klima Zentral- und Südbrasiliens und dann bis hinunter zum Feuerland. Ein kleinerer Teil springt auch über die Anden.

Da nun die Niederschläge im Westen vom Regen im Osten beeinflusst werden, könnte es sein, dass, sollte im Osten zuviel Wald verschwinden, der grosse Wasserkreislauf zusammenbricht. Der Regenwald ist, wenn intakt, nicht anfällig für Brände, er ist zu feucht. Er braucht aber regelmässige Regenfälle - fast jeden Tag. Vor zwanzig Jahren noch, war es in Manaus üblich zu sagen: „wir treffen uns heute nach dem Regen". Das war dann der späte Nachmittag. Das sagt heute in Manaus niemand mehr. Inzwischen hat es dort schon Trockenperioden gegeben von bis zu zwei Monaten. Dann wird der Wald anfällig für Feuer. Riesige Brände gab es schon in Roraima, im Land der Yanomani. Früher undenkbar. Beim ersten Mal brennt nur das Unterholz, dann wird es immer schlimmer. Die brasilianische und allgemein südamerikanische Pyromanie sind bekannt...

Kommt es im Osten zu grossen Flächen nackten Bodens oder zu kargem Gestrüpp, dann haben wir dort, statt der gewaltigen Evapotranspiration, heisse Aufwinde. Die vom Meer herein kommenden, niedrig fliegenden Wolken mit ihrer grossen Wasserfracht verflüchtigen sich. Der Regen, der einige Hundert Kilometer westlich nieder gehen würde, verschiebt sich weiter nach Westen, ein neues Stück Regenwald wird anfällig für Brand. Der Zusammenbruch des gesamten Systems wäre programmiert. Heute ist der Regenwald schon zu zwanzig Prozent zerstört, der grösste Teil dieser Zerstörung ist im Osten.

Wie Professor Salati, USP, Universitaet von São Paulo gezeigt hat, der ja, als er Direktor am INPA, Nationales Forschungsinstitut für Amazonien, war, auch die Evapotranspiration des Regenwaldes erforscht hat und zu obigen Zahlen kam, ist dieses Klimasystem eine gewaltige Wärmepumpe. Aus der Thermodynamik wissen wir ja, dass bei der Verdunstung und Kondensation von Wasser grosse Mengen Energie umgesetzt werden. Für das Klimasystem Amazoniens hat Salati ausgerechnet, dass der Energietransport pro Tag der Energie von ca. sechs Millionen Atombomben (Hiroshimatyp) entspricht. Diese Energiemenge wird also, wie

oben bereits erwähnt, aus dem tropischen Gürtel in die höheren Breitengrade nord und süd transportiert, bestimmt also dort das Klima.
Zurück zu Lovelock. Wir wissen, dass unsere Sonne heute ca. 30% heisser ist als zur Zeit der Entstehung der Ozeane und dem Beginn der präbiotischen, biochemischen Entwicklung, als die „Ursuppe" entstand, in der dann, vor wohl dreieinhalb Milliarden Jahren, die ersten Lebewesen mit der Komplexität von Bakterien entstanden. Warum wurde die Erde nicht wie Venus? Dort hat ein sich selbst verstärkender Treibhauseffekt (runaway greenhouse effect) stattgefunden. Alles Wasser ist verdunstet, wurde dann durch harte Einstrahlung zersetzt, der Wasserstoff ging verloren, der Sauerstoff hat oxidiert, was oxidiert werden konnte. Es kam zu einem chemischen Endgleichgewicht. Der Planet hat heute eine Atmosphäre, die an die zweihundert mal schwerer ist als unsere, die zu über neunzig Prozent aus Kohlendioxid besteht und hat eine Wolkendecke von vierzig Kilometer Dicke, bestehend aus Schwefelsäure. Die Temperaturen liegen zwischen vierhundert und fünfhundert Grad Celsius.
Die Erde hätte eine ähnliche Entwicklung durchmachen können, sie wäre nur nicht ganz so heiss, weil sie weiter weg von der Sonne kreist, aber die Meere wären verdunstet, das Wasser wäre verschwunden. Das ist nicht passiert, weil das Leben, und auch schon die Ursuppe, erst Gase, wie Methan, Ammoniak und Schwefelwasserstoff abgebaut haben, dann, als es zur Photosynthese kam, Kohlendioxid. Die erstgenannten Gase haben einen um das Vielfache stärkeren Treibhauseffekt als Kohlendioxid. Ohne diese Gase, wäre die Erde vielleicht sogar am Anfang zugefroren. Der Kohlenstoff wurde abgelagert in Form von Petroleum und Erdgas, später als Steinkohle, Braunkohle und Torf. Ein Grossteil wurde auch von Kleinlebewesen und grösseren Tieren, wie Molusken und Artropoden, in Form von Karbonaten – siehe die Dolomiten – abgelagert. Das Leben hat also im Laufe der Entwicklung Treibhauseffekt abgebaut in dem Masse, wie die Sonne wärmer wurde. Durch die Photosynthese kam es auch zur Umkehr von der ursprünglich reduzierenden zur oxidierenden Atmosphäre, die die höheren Lebensformen, darunter die Tiere und uns, sowie die höheren Pflanzen, ermöglichte.
Inzwischen hat das Leben aber soviel Kohlendioxid abgebaut, dass dieses Gas in der Atmosphäre eigentlich ein rares Gas geworden ist. Es waren vor der industriellen Revolution schon nur noch ca. 0,024 %, zu Zeiten der Ursuppe müssen es nahe an 30% gewesen sein, nun nähern wir uns durch die industriellen Emissionen und denen des Verkehrs 0,040%. Das ist zwar für den Treibhauseffekt schon bedenklich, aber, wo wenig ist, kann man wenig wegnehmen. Die Sonne wird aber weiter wärmer. Mit weiterer Ablagerung aus dem kleinen Rest ist aber nicht mehr viel zu machen, das könnte dann auch für die spätere Entwicklung gefährlich werden, Kohlendioxid ist ja der Hauptnährstoff der Pflanzen für die Photosynthese. Das Kohlenmonoxid darf also nicht ganz verschwinden. Das Leben war an einem kritischen Punkt angelangt.
Lovelock glaubt, die letzte grosse Eiszeit in der Erdgeschichte, die vier grossen Vereisungen mit drei Zwischeneiszeiten in der letzten geologischen Periode, im Pleistozän, könnten sozusagen ein Fieber von Gaia sein. Wenn in einem homoeostatisch gut geregelten System ein Kontrollmechanismus gestört wird, kann es zu Schwingungen, zum Zittern, kommen.
Wir wissen auch, dass die Regenwälder, als sie noch intakt waren, in ihrer grössten Ausdehnung, fast zehn Millionen Quadratkilometer, sehr jung sind. Sie haben sich erst seit Ausklingen der letzten grossen Vereisung, vor ca. elftausend Jahren ausgebreitet. Bis dahin waren es kleinere Inseln, umgeben von Savannen (Cerrado) Das Zusammenwachsen der vielen kleineren, bis dahin von einander isolierten Regenwaldflächen, ist mit ein Grund für die grosse Artenvielfalt.
Als mächtige Wärmepumpe haben die Regenwälder einen Teil der Arbeit des Kühlhaltens des Planeten übernommen. Sie sind zu einer planetaren Klimaanlage geworden, sie sorgen dafür, dass der Tropische Gürtel nicht zu heiss, die anderen, nord und süd, nicht zu kalt werden.
Sollte der Regenwald am Amazonas verschwinden, könnte der Golfstrom umkippen, das wäre für Europa fatal. Man sehe sich nur die Weltkugel an und vergleiche zwischen dem fünfzigsten und dem sechzigsten Breitengrad Europa mit Nordkanada.
Wie Bohrungen in den Eisdecken auf Grönland und in der Antarktis zeigten, können Eiszeiten ziemlich plötzlich ausbrechen, im Laufe weniger Jahrzehnte, sie brauchen nicht Jahrhunderte oder Jahrtausende bis sie sich voll entwickeln. Dann aber, dauert es Dutzende oder Hunderte von Jahrtausenden, bis sie wieder abklingen... Die letzte, die kürzeste, die Würm-Eiszeit hat mehr als dreissigtausend Jahre gedauert.
Es muss aber gar nicht zu den Extremen, neue Eiszeit oder Überflutungen, kommen, damit wir von unerträglichen Kalamitäten heimgesucht werden. Auf dem Weg dorthin wird das Klima immer unregelmässiger, und das können wir schon überall auf der Welt beobachten. Das kann bald dazu führen, dass wir keine sicheren Ernten mehr haben. Was nützt dann schönes Strandwetter auf Spitzbergen, wenn Milliarden Menschen verhungern. Wann werden die Mächtigen aufwachen, wann werden sie handeln?

Für den Weltethik Kongress in Kühlungborn (Deutschland) geschrieben, November 2000; Porto Alegre, 22.XI.2000 (Der Autor ist im vergangenen Jahr verstorben)
Weitere Texte in deutsch und anderen Sprachen von José A. Lutzenberger unter:
www.fgaia.org.br/texts
Bücher:
Wir können die Natur nicht verbessern (1996)
Wege aus der Ernährungskrise (1999)

Nach dem Castor - eine Bilanz

Jochen Stay

Was war los?

Eine ganze Menge. Hier eine Zusammenfassung ohne den Anspruch auf Vollständigkeit: Beginnend mit der Auftaktdemonstration am 9.11. neben dem Endlagerbergwerk in Gorleben, an der mehr als 4.000 Menschen teilnahmen, kam das Wendland nicht mehr zur Ruhe. Mit der Aktion „Verrückte Dörfer" am Sonntag überall auf und an der Transportstrecke wurde schon der besondere Charakter des diesjährigen Castor-Widerstands deutlich: Wir lassen uns die Lebensfreude nicht nehmen! Auch am Montag wurde viel gelacht: „De Zoch kütt" war das Motto eines alternativen Karnevalsumzugs in Dannenberg. Daneben gab es unter dem Motto „Wir sind so frei" eine Aktion für die Versammlungsfreiheit auf der mit Demoverbot belegten Transportstrecke in Gusborn. Von besonderer Qualität waren auch die allabendlichen Kundgebungen auf dem Marktplatz in Dannenberg: TeilnehmerInnenzahl und die Stimmung wuchs von Abend zu Abend steil an.
Von den am Sonntag neugegründeten Dörfern hatte das bei Splietau gelegene „Alt-Bräsig" von der Bäuerlichen Notgemeinschaft am längsten Bestand. Und weil die Polizei angesichts vieler Trecker am Rande der Transportstrecke unruhig war und abends riesige Lichtmasten aufstellte, funktionierten die Bauern den Acker einfach zum Fußballstadion um, mit der größten Flutlichtanlage im Landkreis und ZuschauerInnen aus der ganzen Republik - mitten in der Verbotszone. Es war ein Riesenspaß und die mit Räumpanzern und Wasserwerfern angerückte Polizei war ziemlich ratlos.
Neuer Aktionsschwerpunkt war diesmal auch die Stadt Lüneburg mit ihrer Bezirksregierung, Polizeizentrale und -kasernen, Gerichten und Bahnlinien. Weit über 1.000 Menschen beteiligten sich an den unterschiedlichen Demonstrationen und Aktionen.
Dann sollte der Zug kommen, aber er verspätete sich heillos. Statt am Mittwoch um 10 Uhr morgens kam er erst um 18 Uhr abends am Verladekran in Dannenberg an. Die von den Medien in den ersten Tagen vermisste überregionale Unterstützung für den wendländischen Widerstand funktionierte diesmal ganz anders: Der Zug mit den zwölf Castoren wurde auf seinem Weg durch die Republik immer wieder aufgehalten - Blockade- und Ankettaktionen lokaler Gruppen waren sehr erfolgreich.
Und auch das letzte Stück zwischen Lüneburg und Dannenberg hatte es in sich. In Leitstade gab es eine mehrstündige Ankettaktion. In der „Region Aktiv" rund um Metzingen hatten viele AktivistInnen Unterkunft bei örtlichen Bäuerinnen und Bauern gefunden und machten sich in kleinen Gruppen auf den Weg. Der Zug musste immer wieder stoppen. Und in Hitzacker hatten BürgerInnen aus der Stadt zum Kaffeetrinken am Tag X in ihre Wohnungen eingeladen. Denn dort herrschte schließlich kein Versammlungsverbot. Als dann kurz vor Ankunft des Castor-Zuges aus den Häusern von zwölf Familien etwa 1.300 Menschen zur Aktion „WiderSetzen" zielstrebig Richtung Schiene strömten, war nicht nur die Polizei erstaunt.
Als die Castor-Behälter am Verladekran in Dannenberg auf Tieflader umgepackt wurden, machte die Polizei in „Alt-Bräsig" die Trecker der Bäuerlichen Notgemeinschaft platt. Doch gleichzeitig gingen bei Laase 1.200 Menschen auf die Straße. Die Magdeburger Bereitschaftspolizei versuchte dies anfangs recht ruppig zu verhindern, konnte aber letztlich der Mischung aus Ruhe und Entschlossenheit, mit der die Menschen über ein Feld auf die Strecke strömten, wenig entgegensetzen. Es ist immer wieder ein besonderes Erlebnis, wenn es auf diese Weise einer gut vorbereiteten und in Bezugsgruppen organisierten Menschenmenge gelingt, sich freundlich aber bestimmt durchzusetzen. Die Blockade unter dem Motto „X-tausendmal quer" dauerte fünf Stunden. Schließlich wurde in einem riesigen Polizeieinsatz geräumt und mehr als 700 Menschen über Stunden auf dem Feld neben der Strecke eingekesselt. Als der Castor-Konvoi schließlich in den frühen Morgenstunden über die jetzt freie Strecke rollte, stellten sich die Leute im Polizeikessel zu einem großen X auf.
Neben diesen größeren Aktionen gab es unzählige kleine Gruppen, die an oder auf der Strecke aktiv waren und dazu beigetragen haben, dass Polizei-Einsatzleiter Reime hinterher davon sprach, dies sei sein bisher schwerster Transport gewesen, besonders wegen der „Nadelstich-Taktik" der AtomkraftgegnerInnen. So sei es auch in Zukunft nötig, ähnlich große Polizeieinsätze zu organisieren, wie in der Vergangenheit.

Erfolg oder Misserfolg?

Wie ist der Widerstand gegen den Castor-Zwölferpack zu bewerten? Die Zahl der Aktiven war 1997 viel höher. Die Medienresonanz hat stark nachgelassen. Der Straßentransport brauchte diesmal nur 60 Minuten. Parteien und Regierungen sahen sich weitgehend nicht zu Stellungnahmen genötigt. Die AKWs laufen weiter, der nächste Transport zu den Wiederaufarbeitungsanlagen im Ausland steht kurz bevor und auch nach Gorleben soll im nächsten Jahr wieder ein Zwölferpack rollen. Also alles umsonst?
Es kommt auf die Sichtweise an. Viele JournalistInnen und auch DemonstrantInnen waren in diesem

Jahr völlig überrascht von der guten Stimmung im Wendland. Erwartet hatten sie angesichts der atompolitischen Lage und der Allgegenwart der Polizei Resignation und Depression. Doch sie fanden Gelassenheit und Lebensfreude. Spinnen die WendländerInnen? Leiden sie in ihren „ver-rückten Dörfern" unter Wahrnehmungsstörungen? Blenden sie die Realität aus?

Es ist anders: Waren bei den beiden Transporten im letzten Jahr die Ziele noch sehr hochgesteckt - schließlich wollten wir den sogenannten Atomkonsens kippen - so wusste diesmal jede/r, dass die Anti-Atom-Bewegung kurzfristig politisch keinen Blumentopf gewinnen kann. Das hat deshalb auch niemand erwartet. Doch der Streit um die Atomkraft wird uns noch lange beschäftigen. Und auch in Gorleben ist angesichts unklarer Zukunft des Endlagerbergwerks und angesichts von noch für mehr als 15 Jahre geplanter Castor-Transporte die Auseinandersetzung noch längst nicht zu Ende. Also haben die Aktiven von 2002 genau das Richtige gemacht: Sie haben dafür gesorgt, dass die Bewegung eine Zukunft hat.

Deshalb war es ein Erfolg, dass die Zahl der Aktiven eben nicht weiter rückläufig war, sondern sich auf erstaunlichem Niveau stabilisiert hat. Deshalb war es ein Erfolg, dass viele Jugendliche sich aktiv an den Aktionen beteiligt haben. Nicht Verbissenheit, sondern Demonstrationen der Lebensfreude haben das Bild bestimmt, auch um klar zu machen: wir haben etwas zu verlieren und es lohnt sich weiterzukämpfen. Und die gute Stimmung war kein Selbstzweck, keine wendländische Ausgeburt der Spaßgesellschaft, sondern immer verbunden mit Mut und Entschlossenheit zur Aktion.

Weil Demonstrationen entlang der Strecke verboten waren, wurden eben Fußballspiele, Laternenumzüge, Gottesdienste und Kaffeetafeln organisiert. Und auf Schiene und Straße ist mensch dann trotzdem noch gekommen. Besonders erfolgreich war der im Vorfeld des Transports aufgenommene Kampf um die Demonstrationsfreiheit. Zwar gab es auch diesmal wieder das Versammlungsverbot entlang der Strecke, es gab wieder haltlose Diffamierungen durch Lug und Trug in der Polizei-Pressearbeit, es gab erneut schikanöse Behandlungen der über 900 in Gewahrsam genommenen. Aber mit Unterstützung von namhaften BürgerInnenrechtsorganisationen und mit Unterstützung von 900 Menschen, die sich am auch von „X-tausendmal quer" mit initiierten „Alarmnetz Grund- und Menschenrechte" beteiligten, ist es gelungen den polizeilichen Ausnahmezustand zurückzudrängen. Viel mehr Demonstrationen als im letzten Jahr waren möglich, Camps konnten durchgeführt werden. Die Polizei versuchte bei der Räumung der Sitzblockaden in Laase halbwegs gesittet vorzugehen. Es lohnt sich also, auch in diesem Bereich die aktive Auseinandersetzung mit einem Staat aufzunehmen, der für die Interessen der AKW-Betreiber bereit ist, sein demokratisches Tafelsilber zu verscherbeln.

Schön war auch, dass es zumindest ansatzweise gelungen ist, die Presse von der „Sportberichterstattung" des Jahres 2001 („Wie viele Minuten braucht der Transport?") abzubringen und wieder die Inhalte in den Mittelpunkt zu stellen, beispielsweise die nach wie vor ungelöste Atommüll-Entsorgung. Zentral war dabei auch ein Satz, der bei der großen „X-tausendmal quer"-Blockade in Laase entstand: „Wichtig ist nicht, wie viele Minuten der Transport verzögert wird, sondern wie viele Menschen Zivilcourage gegen eine verantwortungslose Atompolitik zeigen."

Viel Auswärtige fahren diesmal mit einem deutlich besseren Gefühl nach Hause als vor einem Jahr, als sich nach vielen misslungen Aktionen Frustration breit machte. Diesmal gilt: Viele werden das nächste Mal wieder kommen und Freundinnen und Freunde mitbringen. Denn die wendländische Widerstandskultur, getragen von breiten Teilen der Bevölkerung, ist in diesem Land etwas Einmaliges und - selbst wenn kurzfristige politische Erfolge fehlen - zutiefst Ermutigendes. Wer in anderen Bewegungen aktiv ist und einmal etwas neuen Mut für die eigene langwierige politische Arbeit braucht, sollte den nächsten Castor-Transport nicht verpassen. Dass die Menschen im Wendland sich nach über 25 Jahren Gorleben-Konflikt auch von 16.000 PolizistInnen und zwölf Castor-Behältern nicht unterkriegen lassen, das ist so außergewöhnlich, dass es sich niemand entgehen lassen sollte.

Mehr Infos zu „X-tausendmal quer" auf:

http://www.x1000malquer.de
„X-tausendmal quer"
Schweffelstr. 6, Hinterhaus
24118 Kiel
Tel.: 0431-2108821
Fax: 0431-2108822
info@x1000malquer.de

Spenden an «X-tausendmal quer», Volksbank Clenze, BLZ 258 619 90, Konto 24 42 28 03

Finanzielle Unterstützung der Arbeit von „X-tausendmal quer" ist auch nach dem Castor notwendig. Wir haben zur Vorfinanzierung von Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen Darlehen von Privatpersonen bekommen, die wir jetzt zurückzahlen müssen. Damit wir nicht auf X-tausend Euro Schulden sitzen bleiben, zählt jede Spende, ob groß oder klein.

Standort Schönefeld ungeeignet für Großflughafen

Herbert Burmeister

(Vortrag auf der Fachtagung der PDS „Für eine nachhaltige Verkehrswende in der Region Berlin-Brandenburg")

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

Ausführungen zu einem geplanten Flughafenneubau von einem Anwohner aus der betroffenen Region, noch dazu vom Vorsitzenden einer Schutzgemeinschaft, in der sich Umlandgemeinden zusammengeschlossen haben, geraten leicht in den Verdacht, nur Eigeninteressen zum Ausdruck zu bringen. Schon deshalb gefällt mir die im Programm ausgewiesene Bezeichnung meines Beitrages nicht. Ich will von Beginn an betonen, dass auch ich zu einer sinnvollen Verkehrspolitik gerade für die PDS sprechen werde.
Flughäfen gehören heute zum normalen Leben. Nationaler und internationaler Flugverkehr ist sicher unverzichtbar und auch wir kämpfen nicht gegen Windmühlen. Drei Dinge sind au meiner Sicht bei der Diskussion von Flughafenstandorten jedoch unerlässlich:

- **Erstens** und für mich am wichtigsten: Die Standorte müssen so gewählt werden, dass sie die geringste Belastung für den Menschen – dreimal unterstrichen – und für die Natur hervorrufen.

- **Zweitens**, ist zu überlegen, welchen Flugverkehr sie überhaupt aufnehmen müssen. Selbst den Luftverkehrsunternehmen ist klar, dass Kurzstreckenflug unökonomisch ist und eine unangemessene ökologische Belastung zur Folge hat. Ersteres macht die Einstellung von innerdeutschen Fluglinien deutlich. Letzteres geben sie nicht so gern öffentlich zu. Deshalb spreche ich mich auch für eine Verlagerung des Kurzstreckenverkehrs auf die Schiene aus.
  Ich unterstütze alle Forderungen, die die Wettbewerbsbedingungen für die Bahn verbessern und den Flugverkehr entsprechend seinen Umweltauswirkungen zur Kasse bitten.

- **Drittens**, sind für einen neuen Standort seine Entwicklungsmöglichkeiten zu prüfen. Er kann nicht nur an der gegenwärtigen Situation gemessen werden, sondern muss auch auf Dauer (mindestens 50 Jahre) den Anforderungen gerecht werden können.

Wie ist der Standort Schönefeld unter diesen Prämissen zu bewerten? Der Standort Schönefeld kann die erste Prämisse nicht erfüllen. Zwar verringert sich die Gesamtbelastung für Berlin, wenn der Flugverkehr auf Schönefeld beschränkt wird, aber es werden trotzdem die Lebensbedingungen von über 100.000 Menschen nachhaltig negativ beeinflusst. Ein wichtiges Erholungsgebiet für die Hauptstadt wird seiner Funktion beraubt. Der Tourismus, ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor insbesondere für Treptow-Köpenick und das Dahme-Seengebiet, wird darunter leiden.
Deshalb sehen wir in der Konzentration des Flugverkehrs auf Schönefeld keine wirkliche Alternative. Standorte, die weit weniger negative Auswirkungen hätten, stehen zur Verfügung. Einen wird Herr Müssig von Airail in der Diskussion vorstellen.
Es sei nachdrücklich betont, dass nicht nur die Anwohner von Schönefeld den Standort für ungeeignet halten. Das unter der Federführung des heutigen Ministerpräsidenten Platzeck abgelaufene Raumordnungsverfahren kam zu dem selben Ergebnis. International ist längst anerkannt, dass neue Flughäfen nicht innerstädtisch errichtet werden. Deshalb plädiere ich für die Schließung aller innerstädtischen Flughäfen in Berlin.
Die zweite von mir eingangs gesetzte Prämisse enthält sehr Verführerisches. Gehen wir von gegenwärtig rund 12,5 Mio. Passagieren auf den Berliner Flughäfen aus und reduzieren die Zahl um jene, die Kurzstrecken fliegen, dann kommt man auf ca. 6-7 Mio. Eine solche Zahl, so ein auch in der PDS verbreitetes Argument, könne Schönefeld durchaus verkraften. Ich kenne keine Untersuchungen, die diese Argumentation stützen, weil eine solche Variante bisher nicht zur Diskussion steht. Natürlich ist es vernünftig, die Kurzstreckenflüge abzuschaffen. Das steht auch in der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün, nicht nur in der neuesten. Aber ich sehe keine tatsächliche Entwicklung in diese Richtung. Im gegenwärtig laufenden Planfeststellungsverfahren wird auch nicht über eine solche Variante befunden, sondern über einen fälschlicherweise als Ausbau bezeichneten Neubau eines Großflughafens für 20 und mehr Mio. Passagiere. Das muss gerade eine Partei wie die PDS zur Kenntnis nehmen und nicht im Wolkenkuckucksheim des Wünschenswerten schweben. Zumal unsere Möglichkeiten – mindestens im Augenblick – mehr als beschränkt sind, unsere Vorstellungen in praktische Politik umzusetzen.
Zur dritten Prämisse: Der Standort ist noch nicht planfestgestellt, da hat der ehemalige Ministerpräsident schon sein Ende vorausgesagt. Spätestens in dreißig Jahren sei in neuer Standort zu finden. Nun ist es müßig, darüber zu spekulieren, ob sich der Flugverkehr tatsächlich so entwickelt, wie es die dem Planfeststellungsantrag zugrundeliegenden Prognosen aussagen. Frankfurt a. Main ist beredtes Beispiel dafür, wie versucht wird, in dem engen Raum eine weitere Start- und Landebahn unterzubringen. Für mich ist es kein Zufall, das Pläne öffentlich wurden, die auch schon für

unseren Raum eine weitere Start- und Landebahn vorsahen.
Wen verwundert es, dass angesichts einer solchen Ausganglage in der Region ein großer Aufschrei erfolgte, sich eine Bürgerbewegung – der BVBB – mit mehr als 5.000 Mitgliedern gründete und sich 15 Umlandgemeinden zu einer Schutzgemeinschaft zusammenschlossen?
Solch ein Engagement ist im Osten eher selten. Viel zu oft wird schon vorher aufgegeben, weil „die da oben doch ohnehin machen, was sie wollen". Anders im immer noch laufenden Planfeststellungsverfahren. Über 67.000 Einwender, die mehr als 130.000 Einwendungen erhoben haben, sprechen eine deutliche Sprache. Noch nie hat es in Deutschland in einem Planfeststellungsverfahren solche Dimensionen gegeben. Über 4.000 Einzelargumente hat die Planfeststellungsbehörde aus den Einwendungen und der Anhörung der Träger öffentlicher Belange und der Betroffenen entnommen. 4.000 Argumente, die gegen den Standort Schönefeld sprechen oder ihn mindestens in Frage stellen.
Die PDS wäre gut beraten, eine derartige Bewegung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen und sich die von vielen klugen und engagierten Menschen vorgebrachten Argumente zu eigen zu machen.
Das mit dem geplanten Standort beträchtliche negative Auswirkungen auf Mensch und Natur verbunden sind, wird allgemein anerkannt. Sonst hätten wohl die verantwortlichen Politiker nicht ständig Erklärungen abgeben müssen, sich für die Sorgen der Betroffenen stark zu machen. Solche Erklärungen liegen auch von der PDS vor. Nicht zuletzt in der Berliner Koalitionsvereinbarung ist festgeschrieben, sich für ein faires Planfeststellungsverfahren einzusetzen, dass den bestmöglichen Schutz für die Bürgerinnen und Bürger schaffen soll. Und es wird auf die Rechtsunsicherheiten des Verfahrens verwiesen, die sich durch den Spruch des Oberverwaltungsgerichts in Frankfurt/O. offenbart haben.
Löblich, löblich, könnte ich sagen. Aber was ist denn der bestmögliche Schutz? Fenster, die keinen Lärm mehr durchlassen? Wer möchte denn wirklich abgeschottet leben, auch kein Vogelzwitschern und kein Kinderlachen mehr aufnehmen können. Was ist, wenn die Fenster geöffnet werden müssen? Ein Standortvorteil unserer Gemeinde ist bisher, dass man im Grünen lebt, den Sommer auf seiner Terrasse und im Garten genießt. Bei Flugverkehr im Minutentakt wohl nicht mehr mögliche. Was hilft es, wenn die Fenster dicht sind und der Lärm über andere Schwachstellen der Bausubstanz eindringt.
Was heißt bestmöglicher Schutz gegen Katastrophen? Gibt es nicht genug Beispiele, dass die beste Technik ebenso wie der Mensch versagen kann. Ich habe den Polizeibericht über den Absturz eines Flugzeuges auf ein Stadtteil von Amsterdam gelesen. Er beweist, es gibt nur einen Weg, solchen Katastrophen wirkungsvoll zu begegnen: Die Flughäfen aus der Stadt zu verlagern.
Hinzu kommt, dass das Fluglärmschutzgesetz völlig veraltet ist. Die moderne Forschung ist längst zu geringeren Werten gekommen, die zu dauerhaften Schädigungen des menschlichen Organismus führen. Im Anhörungsverfahren ist durch den Träger des Vorhabens immer wieder betont worden, ausschließlich die gesetzlich vorgeschriebenen Verpflichtungen oder Auflagen der Planfeststellungsbehörde erfüllen zu wollen.
Ich habe an die 3. Tagung des 7. Brandenburger Landesparteitages den Antrag gestellt, sich für die Schließung der drei innerstädtischen Berliner Flughäfen einzusetzen. Im Änderungsantrag dazu wird kurzgefasst der moderate Ausbau von Schönefeld gefordert. Als Angebot an die Anwohner ist u.a. angeführt, das die PDS-Landtagsfraktion als Landtags- und Bundesratsinitiative, die „...umfassende Sicherung der demokratischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im laufenden Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Flughafens Schönefeld (einbringen soll), um die Interessen der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner hinsichtlich Gefahrenpotenzial, Lärmschutz und anderer Emissionen konsequent zu berücksichtigen."
Was können und sollen Landtags- und Bundesratsinitiativen zur „umfassenden Sicherung der demokratischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im laufenden Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Flughafens Schönefeld bewirken? Der Zwang zur demokratischen Beteiligung, z.B. durch das Anhörungsverfahren ist bereits rechtlich geregelt. Aber glaubt hier jemand ernsthaft, dass allein über die demokratische Beteiligung die Interessen konsequent berücksichtigt werden?
Ich habe das Anhörungsverfahren durchlitten. Von Ausnahmen abgesehen, konnte jeder vortragen, was ihn bewegte. Eine Scheindemokratie war jederzeit gewahrt. Dem Leiter der Anhörungsbehörde ist zu bescheinigen, dass er versuchte, weitere rechtliche Fehler möglichst zu vermeiden. Aber damit sind doch die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner nicht konsequent berücksichtigt. Es kann auch gar nicht darum gehen, jedes Einzelinteresse zu bedienen.
Ich sehe es als eine Aufgabe der PDS, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um einen öffentlichen Druck zu erzeugen, der den Regierenden keine andere Wahl lässt, als die berechtigten Interessen wirklich gründlich abzuwägen. Immer wieder muss gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dagegen vorgegangen werden, wenn das nicht geschieht.
Entscheidend für den Antrag auf Planfeststellung ist, dass er nicht auf einer Sachgrundlage basiert, sondern einzig allein auf eine politische Willkürentscheidung zurückzuführen ist. Der so genannte Konsensbeschluss ist tatsächlich eben ein Nonsensbeschluss. Da muss

PDS-Politik anknüpfen. Sie muss die Entscheidungsgrundlagen betrachten und nicht an Symptomen herumdoktern. Eine falsche Standortwahl kann nicht dadurch richtig werden, dass ich um Schutzmassnahmen für die Betroffenen feilsche. Unser Politikansatz in der Luftverkehrspolitik ist ein anderer als der, der in Brandenburg Regierenden und das muss sich im praktischen Handeln widerspiegeln, wenn unsere Partei glaubwürdig sein will.
Das die Entscheidungsgrundlagen stümperhaft geschaffen wurden, hat das Oberverwaltungsgericht Frankfurt/O. nachdrücklich festgestellt und da das Land Brandenburg Fehler nicht akzeptieren kann und Widerspruch gegen die Nichtzulassung der Revision eingelegt hat, hat es sich auch gleich noch eine Bestätigung des Urteils durch das Bundesverwaltungsgericht abgeholt. Wenn das Frankfurter Urteil rügt, dass keine Standortabwägung stattgefunden hat, dann erwarten die Betroffenen zu recht, dass zumindest die PDS hinter dieser Erkenntnis nicht zurück bleibt.
Das Oberverwaltungsgericht vertritt die Meinung, dass Passagen des Landesentwicklungsprogramms nicht verfassungskonform sind. Im Vorgriff auf die Verhandlung des Landesverfassungsgerichts hat selbst die ansonsten in dieser Angelegenheit sehr arrogant auftretende Landesregierung inzwischen zwei neue Entwürfe aufgelegt. Ich wage heute schon zu sagen, dass im Falle ihrer Inkraftsetzung unsere erneuten Klagen gute Gewinnchancen besitzen.
Wo wurde das Bemühen der Regierungspartei PDS deutlich, auf Einhaltung der Koalitionsvereinbarung zu drängen und das Frankfurter Urteil tatsächlich zu berücksichtigen? Wo hat sich die Brandenburger PDS öffentlich für die Interessen der Betroffenen stark gemacht?
Die Landtagsfraktion hat durchaus wichtiges geleistet, um Filz und politische Willkür offen zu legen. Ich will das nicht klein reden. Wenn eine Partei die Verschwendung von Steuergeldern deutlich gemacht hat, war es die PDS. Aber es fehlt der letzte Schritt. Ich habe in der „Zeitung“ eine PDS-Forderung gelesen, die konsequent ist: „2003.. die Heide wird frei“. Auf Schönefeld bezogen hieße konsequent zu sein, einen Flughafenstandort zu fordern, der Mensch und Natur so gering wie möglich belastet.
In der Haushaltskasse des Landes Brandenburg werden immer neue Löcher entdeckt. Den Kommunen werden durch weitere Mittelkürzungen die letzten Entwicklungschancen verbaut, aber nicht ein einziges Großprojekt wird in Frage gestellt. Die ersten Termine zu denen die Privatisierung erfolgt sein sollte, stammen nach aus dem vergangenen Jahrtausend. Auch dieses Verfahren ist hoffnungslos verfahren. Die öffentliche Hand wolle den Flughafen eventuell alleine bauen, tönt es immer wieder. Ja wovon denn? Wollen die Landesregierungen neue Kredite aufnehmen und neue Zinsbelastungen produzieren? Spätestens hier wird klar, dass die Betroffenen einer verfehlten Flughafenpolitik nicht nur in den Umlandgemeinden von Schönefeld zu finden sind, sondern im ganzen Land.
Niemand ist für die Fehlspekulationen mit dem Baufeld Ost in die Verantwortung genommen worden. Allein mit den dadurch entstandenen Zinsen hätte auf Jahre z.B. der Standard in der Kinderbetreuung gesichert werden können. Und damit wäre tatsächlich etwas für die Zukunft getan worden.

Dr. Herbert Burmeister ist PDS-Bürgermeister der Gemeinde Schulzendorf und Vorsitzender der Schutzgemeinschaft der Umlandgemeinden (gegen den Großflughafen Schönefeld)

Kurzer Bericht zur Verkehrskonferenz vom 25.1.2003 unter**: www.umweltdebatte.de/texte.htm**
eine Dokumentation aller Referate der Fachtagung und eine Zusammenfassung der Diskussionbeiträge kann bestellt werden:
Landesvorstand PDS Brandenburg, Alleestr.3, 14469 Potsdam, Tel. 0331/20009-0, E-Mail: info@pds-brandenburg.de

Offener Brief des Bürgerverein Brandenburg Berlin e.V. zum Großflughafen Schönefeld

Herrn Senator für Wirtschaft

Harald Wolf – persönlich -

Platz der Republik

11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Senator,

bei allem Verständnis für „geländegängige Politik und geländegängige Politiker“ überrascht es mich trotzdem, mit welchem Elan Sie nun für den Neubau von Schönefeld eintreten. Dabei haben Sie wohl vergessen, dass Sie vor nicht geraumer Zeit die Wirtschaftlichkeit dieses Projektes genauso angezweifelt haben wie eine Finanzierbarkeit, die ohne enorme und langfristige Beanspruchung der öffentlichen Haushalte, so auch des Berliners, nicht möglich ist.
Ihnen ist sicher auch entgangen, dass Ihr Vorgänger die rechtliche Durchsetzbarkeit durch persönlichen Zusatz in einem Senatsprotokoll angezweifelt hat und die Umweltsenatorin ebenso durch persönlichen Zusatz in einem Senatsprotokoll den Schutz vor Lärmbelästigung nach derzeitigen rechtlichen Vorgaben für nicht möglich hält.
Finden Sie es nicht unverantwortlich, wenn Sie öffentlich den Eindruck erwecken, dass der Neubau von

Schönefeld ein Schlüsselprojekt für die Lösung der Berliner Probleme und die Zukunftsentwicklung von Berlin und Brandenburg ist? Ihnen ist doch nicht entgangen, dass die geplante Investitionssumme, das öffentliche Vergaberecht, der Zeithorizont von Baubeginn und Bauende und die nicht sichergestellte Wirtschaftlichkeit Berlin und Brandenburg mittelfristig aus ihrer prekären Situation nicht heraushelfen.
Im Gegenteil: Die Belastung für die Haushalte wird mit einer Privatisierung nicht geändert. Jedem, der das Andersen-Gutachten, die Berichte der Rechnungshöfe, das Gutachten des Deutschen Bundestages und die Stellungnahmen von Experten zu diesem Projekt gelesen hat, ist bekannt, das Privatinvestoren niemals einen Privatisierungsvertrag unterschreiben, mit dem sie sehenden Auges ihre Aktionäre schädigen. Schon die bekannt gewordenen Fakten aus der Absichtserklärung können nur so gewertet werden, dass die Zukunftsrisiken des Projektes bei der Öffentlichen Hand bleiben. Hinzu kommt, dass der Kaufpreis als optisches „Zukkerstück" weder in der Größenordnung noch im Zahlungsmodus einen Beitrag zur Entlastung der Haushalte leistet. Hinzu kommt, dass die Öffentlichen Haushalte die Entschuldung der BBF, auch wenn sie als Umwandlung zu Eigenkapital deklariert wurde, ebenso tragen müssen, wie die Folgen aus dem unerklärbaren Kauf des Baufeldes Ost.
Die ungesicherten Fragen zur Rechtskraft von Planungsrecht, Planfeststellungsbeschluß, Verkehrsanbindung und ihrer Finanzierung möchte ich nur noch einmal in Ihre Erinnerung rufen. Dass die angegebenen Zahlen über die Schaffung von Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit diesem Projekt eine öffentliche Betrügerei sind, werden Sie ebenso wenig bestreiten können, wie die Tatsache, dass die Gesundung des Mittelstandes durch Aufträge in Zusammenhang mit dem Projekt nicht stattfinden wird. Lieber Herr Wolf, Sie werden zurecht annehmen, dass sich sicher noch eine Gelegenheit findet, bei der ich auf Ihre 180-Grad-Drehung zurückkomme und Sie dann auch daran erinnern darf, mit welchen dialektischen Tricks Sie sich im Verlauf dieser Drehung auf die Koalitionsvereinbarung zurückziehen. Ganz nebenbei werden Sie dann auch gegenüber den Wählern begründen müssen, warum es wichtiger ist, den Flughafen zu bauen als die sozialen Probleme zu lösen und die Not von Eltern beiseite zu schieben, die um eine sachgemäße Ausbildung ihrer Kinder ebenso bangen, wie um die Schließung von Jugendeinrichtungen.

Mit freundlichem Gruß BVBB Bürgerverein Brandenburg Berlin e.V.

Ferdi Breidbach

Vorstandsvorsitzender

Weitere Informationen unter:
www.bvbb-ev.de

Verkehrspolitik ohne Tonnenideologie - vermeiden, verlagern, verkürzen

Judith Dellheim

Die Verkehrswende, für die wir einstehen, lässt sich in den „drei V" zusammenfassen: Vermeiden, verkürzen, verlagern! Die heutige Gesellschaft braucht die Mobilität ihrer Mitglieder ebenso wie ökonomisch sinnvolle und ökologisch verträgliche Lösungen zum Transport von Gütern. Eine zukunftsweisende Verkehrspolitik muss sich von der bisher üblichen Tonnenideologie verabschieden, wonach immer mehr Personenkilometer mehr Mobilität bedeuten, immer mehr Tonnenkilometer im Güterverkehr wachsenden Wohlstand ausdrücken und eine Verkehrsinfrastruktur nur dann als modern gilt, wenn immer mehr Straßen und immer mehr Flughäfen gebaut werden. Merkmale einer deutlich höheren Lebensqualität sollten viel eher sein: Jobs in der Nähe, Erholungs- und Einkaufsmöglichkeiten um die Ecke und regionale Wirtschaftskreisläufe.
Wir wollen, dass die Bahn wirklich das „Unternehmen Zukunft" wird, von dem die Bahn AG immer spricht. Wir wollen, dass der von der Bundesregierung immer wieder vorgetragene „Vorrang Schiene" realisiert wird. Die Wirklichkeit sieht leider anders aus: Der Flugverkehr zahlt keine Mineralölsteuer, die Bahn wird aber mit dem halben Ökosteuersatz belastet. Das neue Preissystem der Bahn gibt den bisher wesentlichen Vorteil des Bahnfahrens, die Flexibilität, preis. Die Konzentration der Bahn AG auf Hochgeschwindigkeitsverkehr bei gleichzeitigem Abbau im regionalen Bereich, insbesondere der Rückbau beim InterRegio, wirkt in dieselbe Richtung: Die Bahn fährt an die Börse - aber ohne Passagiere. Die PDS unterstützt den Kampf verschiedenster Verkehrsinitiativen um den Erhalt einer kundenfreundlichen Flächenbahn. Sie hat zu diesen Themen im 14. Deutschen Bundestag umfangreiche Initiativen eingebracht, die durch Rotgrün abgeschmettert wurden.
Die PDS hat die Einführung der LKW-Maut unterstützt. Sie kann, wenn sie konsequent umgesetzt wird, eine verkehrslenkende Wirkung entfalten. In der bisher vorgesehenen Weise wird das nur sehr eingeschränkt der Fall sein. Deshalb hat sich die PDS dafür eingesetzt, alle Laster, nicht nur die über 12 t, zu erfassen und die Maut nicht nur auf Autobahnen, sondern auf allen Bundesfernstraßen zu erheben. Es muss sichergestellt sein, dass die erzielten Einnahmen ausschließlich dem Schienenverkehr zugute kommen, also in eine Verkehrswende investiert werden.
Die PDS möchte den Güterverkehr von der Straße

weg haben. Eine stärkere Verlagerung auf die Wasserwege unterstützen wir dort, wo es ökonomisch sinnvoll und ökologisch verträglich ist. Dabei müssen vorhandene naturgegebene Transportpotenziale konsequenter als bisher genutzt werden. Einen Ausbau der Wasserstraßen aufkosten der fragilen Fluss- und Auelandschaften lehnen wir ab. Die Verhinderung der Staustufen im Donauabschnitt zwischen Straubing und Vilshofen betrachten wir in diesem Zusammenhang als einen großen Erfolg der örtlichen Umweltgruppen, aber auch unserer eigenen parlamentarischen Arbeit im 14. Bundestag. Wir wollen eine Anpassung der Schiffe an die Wasserstraßen, nicht umgekehrt! Der Ausbau der Wasserstraßen ist u.E. vor allem dort nicht unterstützenswert, wo er in Konkurrenz zu bestehenden Bahnverbindungen erfolgen soll.
Die parallele Trassenführung von Bahnlinien und Autostraßen unterstützen wir dann, wenn dadurch Flächenzerschneidung und Lärmemission reduziert werden können und wenn dadurch Möglichkeiten des Umladens von der Straße auf die Bahn erleichtert werden. Ich möchte aber hinzufügen, dass die PDS dem Erhalt und der Sanierung von existierenden Bahnstrecken den Vorrang vor Streckenneubau gibt. Und: Wir wenden uns generell gegen den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen.
In den letzten Tagen ist die Diskussion um die Finanzierung des Metrorapid im Ruhrgebiet und in München wieder aufgeflammt. Kein Wunder - es geht um sehr viel Geld. Die PDS hat das Metrorapidprojekt von Anfang an scharf kritisiert. Wir stützen uns auf die Argumente vieler örtlicher Initiativen und auf den Bericht des Bundesrechnungshofs, wenn wir feststellen: Die Planungen zum Metrorapid haben Alternativen im Rad-Schiene-Bereich nicht ausreichend berücksichtigt, Verlagerungspotenziale sind absichtlich zu hoch veranschlagt worden. Die Finanzierung dieses Projektes ist mit enormen Risiken für den Bundeshaushalt verbunden. Mit der neuerlichen Diskussion um die Zuteilung zusätzlicher Fördermittel sehen wir unsere Kritik bestätigt.
Rotgrün hat bereits in der 14. Wahlperiode jeden Ansatz einer ökologischen Verkehrswende vermissen lassen. Jetzt fürchten wir: Stolpe macht da weiter, wo seine Vorgänger aufgehört haben. Wir werden weiterhin unsere Kritik an dieser Verkehrspolitik formulieren und Gegenkonzepte entwickeln. Dazu brauchen wir den Dialog mit allen Akteuren des Verkehrs.

Die Erklärung entstand auf Anfrage der International Center Logistic Consulting ICLC. Judith Dellheim ist Mitglied des Parteivorstandes der PDS

Zur Agrarwende gibt es keine Alternative!

Karin Lück und Jakob Ganten

In der DDR hatten wir mehr Vertrauen zu unseren Landwirten. Wir wussten etwas von Karrenzzeiten. Wenn diese eingehalten werden, so sagte man uns, gibt es bei den Lebensmittel keine Gefahr einer Schädigung. Seit den Skandalen (Futtermittel, Dioxin in Eiern, BSE, Homone) hat sich dieses Vertrauen in ein tiefes Misstrauen verwandelt. Die Verbaucher sind verunsichert. Wem sollen sie vertrauen.
In der kapitalistischen Welt, in der wir heute leben, kann man nicht sicher sein. Wir wissen heute, durch Düngemittel und Pflanzenschutzmittel werden Böden und das Grundwasser belastet. Nur wo keine chemischen Mittel angewendet werden, sind die Produkte frei von chemischen Substanzen. Werden solche Mittel nicht eingesetzt, können sie auch nicht ins Grundwasser ausgewaschen werden.
Wenn es um das Geld geht, kann man nur an die Vernunft appellieren und selbst kontrollieren was man konsumiert. Werden die Beschriftungen der Waren werden ernst genommen? Was für Stoffe sind in den Produkten enthalten? (Konservierungsstoffe, Zusatzstoffe, Farbstoffe). Eines ist sicher, die Nachfrage nach ökologisch produzierten Produkten ist gestiegen. Die Lebensmittel-Discounter bieten ökologisch produzierte Waren an. Auch Landwirte aus den Nachbarländern sind mit am Ball.
Viele Verbraucher würden sicher gern ökologisch produzierte Produkte kaufen. Doch die Preise sind hoch. Wer gerade mit seiner Rente zurecht kommt, wird sein Geld kaum für ökologische Produkte ausgeben können. Man sieht zu, wo man preiswerte Produkte kaufen kann. Da hilft es nichts, wenn Frau Künast meint, man sollte für Lebensmittel mehr Geld ausgeben.
Dabei gibt es zur Agrarwende keine Alternative. Bisher gibt es in der Bundesrepublik einen Anteil von ca. 3 %, in Brandenburg von 7 % an ökologisch produzierenden Betrieben. Bis 2010 sollen es bundesweit 20 % werden.
Wenn die Fördermittel aus Brüssel und Berlin so vergeben werden, daß die Landwirte für ihre ökologischen Leistungen wie zum Beispiel Erzeugung von Trinkwasser in einer hohen Qualität, die bisher ein Nebenprodukt ihrer Arbeit sind, belohnt werden, werden sicher mehr Landwirte umsteigen.

Die AutorInnen sind aktiv für den Beratungsring biol.-dynam. Landbau in Brandenburg

Thüringer Bratwurst nicht ewig Maßstab sozialistischer Eßkultur

Rezension:
Elisabeth Meyer-Renschhausen, Albert Wirz „Der Streit um den heißen Brei“

Roland Schnell

Kein Kaffee mit frischen Brötchen, Butter und Marmelade zum Frühstück. Stattdessen ein lauwarmer Pamp aus Getreide. Bis vor wenigen Jahrzehnten war das in Europa die gängige Mahlzeit zu Beginn des Tages. Und oft genug gab es den ganzen Tag und die Woche über nicht viel anderes. Doch es muß besser geschmeckt haben, als es sich für uns heute anhört. In ihrem Buch „Der Streit um den heißen Brei“ hat Elisabeth Meyer-Renschhausen der überhaupt nicht unappetitlichen Geschichte einer zu Unrecht ins Zwielicht geratenen Speise nachgespürt. Hirse, die wir nur noch aus dem Märchen kennen, wurde von der Landbevölkerung in einem komplizierten Prozeß aufbereitet, durch Stampfen von der unverdaulichen Hülle befreit, geröstet, fermentiert und getrocknet. Mit Wasser oder Milch angerührt, ergab das eine kräftigende und schmackhafte Mahlzeit. Noch bis weit ins 20. Jahrhundert haben Bauern in abgelegeneren Regionen aus gutem Grund an dieser Kost festgehalten. Es blieben dabei, anders als bei der industrialisierten Getreideverarbeitung, die Teile des Getreidekorns erhalten, in denen die von Vitamine und Aminosäuren sind. Die „Fünf-Minuten-Terrine“ des Landmanns war vollwertig und ließ sich rasch zubereiten. Angesichts der Arbeitsbelastung bei der Feldarbeit ein unschätzbarer Vorteil und im Gegensatz zu den heutigen Tütensuppen frei von Zusatzstoffen und Stabilisatoren. In ihrem Buch zeigt Elisabeth Meyer-Renschhausen auf, wie das Vordringen industrieller Strukturen in der Landwirtschaft die Ernährungsgewohnheiten veränderte. Vor dem Hintergrund einer Überproduktion von Rindern im 19. Jahrhundert in Südamerika sollten die ausgemergelten Proletarier Kraft aus dem Verzehr von Fleisch schöpfen. Es wurde ihnen dann schließlich in Form eines zur Reduzierung der Transportkosten eingedampften Extrakts als rettendes Elixier angeboten. Aus dem kollektiven Mußtopf, in den jeder seinen Löffel taucht, wurde das immer raffinierter zelebrierte Mahl, das die bürgerliche Gesellschaft nach der französischen Revolution vom Adel übernahm. Die Fehlernährung brachte sogenannte Zivilisationskrankheiten hervor, deren Heilung sich die besseren Schichten von Diäten erwarteten, die wieder zu den Ursprüngen (Getreide, frisches Obst, kein Fleisch) zurückführte. Aber wer hätte geahnt, daß das heute schon in besseren Hotels angebotene Müsli, mit dem, was Dr. Maximilian Bircher-Benner seinen Patienten auftischen ließ, kaum mehr als den Namen gemein hat. Elisabeth Meyer-Renschhausen hat für das Buch fünf Aufsätze zusammengestellt, die auch einzeln mit Gewinn gelesen werden können, die sich teilweise thematisch überschneiden, aber insgesamt ergänzen. Dabei geht es immer um Essen und Trinken. Es wäre schade, wenn der Untertitel „Zu Ökologie und Geschlecht einer Kulturanthropologie der Ernährung“ dazu verleiten würde, das Buch als zu anspruchsvolle Lektüre beiseitezulegen. Der Stil ist durchweg sehr gut verständlich und auch ohne akademische Ausbildung lesenswert. Als Tribut an die Wissenschaftlichkeit sind Fußnoten eingearbeitet, die sich aber in einem erträglichen Rahmen halten und nützliche Hinweise auf weiterführende Literatur geben. Es gibt gute Gründe für eine wissenschaftliche Analyse der Frage, warum der ökologisch und ökonomisch in jeder Hinsicht vorteilhafte Getreidebrei von eindeutig ungesünderer Nahrung verdrängt wurde. Der Übergang von lokaler Ökonomie und regionaler Versorgung zu globalisierten Märkten hat bereits im 19. Jahrhundert begonnen. Kolonialwaren, wie Kaffee und Zucker, verloren den Charakter von Luxusgütern einer kleinen Oberschicht. Sie wurden in immer größerem Umfang produziert und dafür mußten Abnehmer gefunden werden. Eine zentrale Bedeutung hatte die zielgerichtete Veränderung Nahrungsmitteln. Die Haltbarkeit, Voraussetzung für längere Transporte, wurde auf Kosten der biologischen Wertigkeit erhöht. Doch immer wieder stellten sich lebensreformerische Bewegungen in den Weg. Elisabeth Meyer-Renschhausen beleuchtet im Abschnitt über die „Sozialgeschichte des Gaststättenwesen“, wie beispielsweise verbesserte Produktionsverfahren zur Branntweinherstellung dem Alkoholismus Vorschub leisten, wie Brauereien die Gastwirte nötigen, die Gäste zum Trinken anzuhalten. Aber auch, wie die frühe Frauenbewegung „Alkoholfreie Speisehäuser“ einrichtete, in denen die alleinstehende Frau eine preiswerte Mahlzeit einnehmen konnte und der Arbeiter eine heiße Suppe bekam, ohne wie in den Gaststätten zum Alkoholkonsum genötigt zu werden. Wenn es zutrifft, daß unsere Restaurants „viel zu viel vom Guten“ bieten, viel zu viel Fleisch, viel zu viel Süßes, zu viel Alkohol, Weißbrot, Kaffee, dann ist es höchste Zeit für eine alternative Esskultur: „einfache vegetarische Speisen aus naturbelassenen Zutaten und ökologischem Anbau, entsprechend den Empfehlungen zu einer modernen gesundheitsbewußten Ernährung.“ Das gibt es, wie

Elisabeth Meyer-Renschhausen feststellt, „in normalen Restaurants fast noch nirgends“. Vielleicht führt ihr Buch aber auch dazu, daß der gute alte Brei, den sie geradezu als Götterspeise bezeichnet, wiederentdeckt wird. Wann macht die erste Szenekneipe, die frisch angerührten Brei aus selbstgestampfter Hirse anbietet, im Prenzlauer Berg auf? Leistungsfördernde Kost für Leute, denen Sushi und Salat schon zu den Ohren heraushängen. Oder ist die Mensa der Humboldt-Universität schneller, wo Frau Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen an der landwirtschaftlich-gärtnerischen Fakultät lehrte?

Elisabeth Meyer-Renschhausen, Albert Wirz; Der Streit um den heißen Brei. Zu Ökologie und Geschlecht einer Kulturanthropologie der Ernährung Soziologische Studien, Band 27, 2002, 160 Seiten, 26 Abb., br., ISBN 3-8255-0317-8, 15,70€

Zum Getränkepfand

Pressemitteilung vom 13. Januar 2003

Tilo Kummer: Pfand für alle Getränke-Einwegverpackungen wäre ökologisch sinnvoll

Die PDS-Fraktion begrüßt den Vorstoß aus dem Bundesumweltministerium, künftig Pfandpflicht für nahezu alle Einweg-Getränkeverpackungen zu erheben. „Die Pläne gehen insbesondere aus ökologischen Gesichtspunkten in die richtige Richtung. Denn Einwegverpackungen verdrängten in den letzen Jahren zunehmend die Mehrwegsysteme“, erklärt der umweltpolitische Sprecher der Thüringer Landtagsfraktion, Tilo Kummer.
Der PDS-Umweltpolitiker verweist in diesem Zusammenhang auf Untersuchungsergebnisse des Umweltbundesamtes, wonach Mehrweg eindeutig die ökologisch vorteilhaftere Verpackungsvariante sei. Die Erkenntnisse über Ökobilanzen zeigten, dass Einwegsysteme mehr Abfall produzieren und mehr Energie von der Herstellung bis zur Entsorgung erfordern.
„Ein Pfandsystem für Einwegprodukte hätte außerdem den Effekt, dass sortenreiner gesammelt und damit Rohstoffe besser verwertet werden könnten. Wilden Müllkippen durch weggeworfene Dosen dürfte mit dem Pfand ebenfalls entgegengewirkt werden“, erklärt Tilo Kummer. Von der Landesregierung erwartet der PDS-Abgeordnete, dass sie die Pläne des Bundesumweltministeriums unterstützt.

„Grüner Punkt“ versagt komplett

Roland Schnell

Es ist zu beobachten, daß leider auch vom „Neuen Deutschland“ dem Dualen System Deutschland eine „grüne“ Motivation zugestanden wird. Doch dies trifft leider in keinster Weise zu. Das DSD war als letzter Rettungsanker geschaffen worden, weil die Einführung einer generellen Pfandregelung auf der Tagesordnung stand. Den neoliberalen Seilschaften der FDP ist es gelungen, dem Umweltminister Töpfer einen Kompromis abzuringen, der im Aufbau eines zweiten, vorgeblich von der normalen Abfallwirtschaft getrennten Systems zur Erfassung von Getränkeverpackungen vorsah.
Finanziert wurde das System durch eine Zwangsabgabe, die von den Benutzern eingetrieben wurde. Der Hersteller muß nach wie vor eine Gebühr dafür bezahlen, daß er das Symbol „Grüner Punkt“ auf die Verpackung drucken darf. Diese Gebühren sind im Laufe der Jahre gestiegen. Die Einsammlung und Verwertung wurde von den bewährten Strukturen der privaten Abfallwirtschaft organisiert, denen damit ein Betätigungsfeld geschaffen wurde, auf dem die Liberalisierung von Funktionen der öffentlicher Daseinsvorsorge geprobt werden konnte.
Im Laufe der Jahre hat es das Duale System Deutschland verstanden, sich ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Gerade in Ostdeutschland, wo das Duale System durch den Zusammenbruch der DDR nicht nur widerstandslos eingeführt werden konnte, sondern nach 1990 auch als das einzige Bollwerk gegen die Flut von Einwegverpackungen empfunden wurde, ist die Kritik am Dualen System kaum entwickelt. Oft wird es als systemkonforme Variante des geliebten SERO-Systems empfunden. In Berlin-Hellersdorf, wo eine große Sortieranlage für Verpackungen einer der größen Betriebe überhaupt ist, wurde überaus geschickt die desolate Lage der Schulen, KiTas und Freizeiteinrichtungen genutzt. Kleine Spenden, Aktionen zur Mülltrennung und reichlich bunte Prospekte sorgten dafür, daß die Benutzung von Einwegverpakkungen als umweltfreundliche Tat angesehen wird, sofern man sie hinterher in die Mülltonne mit der richtigen Farbe steckt.
Das eigentlich ökologische Handeln durch Benutzung von Mehrwegverpackungen geriet zum Lippenbekenntnis. Im Januar 2003 wurde offensichtlich, daß das Duale System komplett versagt hat. Es mußte die im Gesetz eingebaute Notbremse gezogen werden und es wurde die lange bekannte Pfandregelung in Kraft gesetzt. Das, was verabredet gewesen war, nämlich daß die einhellig als ökologisch vorteilhaft ein-

gestuften Mehrwegsystem zumindest nicht an Bedeutung verlieren würden, wurde nicht eingehalten. Es trat das ein, was ökologischer Sachverstand vorhergesagt hatte: Die Einwegverpackungen, die Rohstoff- und Energievernichter sind, haben Marktanteile dazu gewonnen. Die Getränkekonzerne und die private Abfallwirtschaft haben gewonnen, die Umwelt hat verloren. Dies hat nun eine leichte Korrektur erfahren. Mehr ist die Einführung des Dosenpfandes nicht. Von einer konsequenten Politik zur Schonung nicht regenerativer Ressourcen sind wir noch weit entfernt.
Wie gering das Bewußtsein bei der PDS entwickelt ist, zeigt sich daran, daß bei öffentlichen Veranstaltungen schamlos Einwegflaschen auf den Tisch gepackt werden, während man sich solches im gehobenen Management schon gar nicht mehr traut. Viele Papiere über alternative Wirtschaftspolitik wurden an die Weltgesetzt. Die schlichte Tatsache, daß die Einweg-Hersteller in der Regel den großen Nahrungsmittelkonzernen gehören, die an wenigen Standorten mit wenig Personal produzieren, wird schlicht ignoriert. Zentrale Produktion bedeutet auch viel LkW-Verkehr, viel CO^2-Ausstoß, viel Lärm. Unabhängige und regional tätige Produzenten haben es schwer und gerade sie müßten unterstützt werden. Selbst wenn es mühsam ist die Getränkekisten hinterher wieder zurückzubringen.

Aufgeschnappt

Aus dem Internetforum von Bündnis 90/Grüne:

hallo, ich bin neu im forum und neu bei den grünen (ein „testgrüner“). ich habe lange jahre PDS gewählt und suche jetzt eine neue alternative. an den grünen gefallen mir viele politische inhalte (umweltschutz, verbraucherschutz, tierschutz, europapolitik, reformpolitik, bildungspolitik), an der PDS, die meiner meinung nach in vielen themen ähnlich denkt, zumindest offiziell, gefiel mir immer die vision einer besseren, gerechteren gesellschaft, die man nur erreichen kann, wenn man die jetzige tiefgreifend verändert. mir ist egal, wie man das nennt, ob sozialismus oder humanismus oder einfach eine „bessere gesellschaft“, aber mir ist wichtig, dass wir die menschen in der dritten welt nicht vergessen und nicht nur ein besseres leben für die menschen in deutschland verfechten. von der PDS bin ich enttäuscht, was sie in regierungsverantwortung leistet und wie sie sich in regierungsverantwortung verhält, ist nicht zu ertragen. da sie gerade in „ökologischen themen“ kaum etwas leistet, schaue ich mir jetzt die grünen genauer an.
ich wollte euch aber vor allem fragen, warum sind die grünen für die meisten PDS-wähler im osten KEINE alternative? warum gehen die lieber gar nicht wählen, bevor sie bündnis90/die grünen wählen? was können/müssen wir tun, um im osten mehr wähler (insgesamt) für grüne themen zu erreichen?
-grünschnabel-

Programmatische Umweltaussagen bei der PDS mangelhaft

Neuer Programmentwurf brachte keine Verbesserungen

Marko Ferst

Zunächst sei festgehalten: Wenn es ein Interesse daran gibt, eine profilierte Umweltpassage im PDS-Programm zu etablieren, so gibt es gewiß Wege dorthin, so ist Kooperation möglich und erwünscht mit dem Ziel qualitativ bessere Aussagen, als wir sie bisher vorliegen haben, zu fixieren. Die Bereitschaft der Ökologen dazu ist vorhanden. Freilich müssen wir in der Ökologischen Plattform aufpassen, daß wir unsere Aussagen dazu auf höchstes qualitatives Niveau bringen. Wir haben da auch eine Verantwortung wahrzunehmen und können es uns nicht leisten, gelegentlich das Rad zwei mal erfinden zu wollen. Auch halte ich nichts davon Kritik am Programm auf Sparvarianten herunterzufahren, damit man uns etwas netter findet. Das schadet der PDS am Ende mehr als es nutzt. Offensichtlich war die Einsicht bei den Programmschreibern sich zu öffnen, bevor der neue Programmentwurf herauskommt, nicht vorhanden. Das ist bedauerlich.
Die FDP schafft es als einzige im Bundestag vertretene Partei, die PDS in der Kürze der Umweltpassage in ihrem Programm noch zu toppen. Ungefähr zwei Absätze weniger. Qualitativ sind die Aussagen jedoch nicht übermäßig schlechter als die der PDS. Man beachte, wir reden hier über Programmtexte, nicht über praktische Politik. Wie groß die Unterschiede zwischen Programmatik und realem Handeln sein können, läßt sich gerade in Berlin bei der PDS gut beobachten.
2002 verabschiedeten die Grünen ihr neues Grundsatzprogramm. Gegen den dortigen Abschnitt „Aufbruch ins ökologische Zeitalter“ ist der neue PDS-Umweltabschnitt in keiner Weise konkurrenzfähig. Das Umweltkapitel der Grünen ist qualitativ um mehrere Klassen besser. Während der PDS-Entwurf gut eine Seite zu Umweltthemen enthält, so kommen bei den Grünen mindestens 25 Seiten zusammen. Mehr heißt nicht immer besser. Weniger kann aber sehr wohl mangelhaft bedeuten. Selbst die Sozialdemokraten schreiben zur „Ökologischen Erneuerung“ immer noch mehr als doppelt soviel wie die PDS und sind in den qualitativen Aussagen über weite Strecken besser. Freilich zehren sie noch vom orthodoxen Fortschrittsbegriff, der überwunden gehört. Nun ist es nicht neu

in der PDS, Umweltpolitik als fünftes Rad zu behandeln: Angesichts dessen, daß die PDS im Vergleich der Parteien auf diesem Feld sehr schlecht abschneidet, muß dieser Teil des Entwurfs völlig überarbeitet werden. Ohne eine solche grundlegende Korrektur wird es von ökologischer Seite schwer eine Zustimmung für das Programm geben.

Bedauerlich ist, selbst gegenüber dem alten PDS-Entwurf gibt es einzelne Verschlechterungen, neben problematischen Aussagen, die zum Glück entfernt sind. So ist zu empfehlen, zumindest den Absatz, in dem die Klimagefahren und das Artensterben kurz benannt werden, wieder einzufügen. Selbst die SPD leistet sich solche Aussagen. Zudem sprechen die Sozialdemokraten davon, Ökologie sei die Basis jeglicher verantwortlichen Wirtschaftstätigkeit. Das ist durchaus weitergehender als eine Einheit von sozialer, ökologischer, ökonomischer Nachhaltigkeit zu proklamieren. Zu begreifen wäre, die heutigen sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten des Menschen in seinen Gesellschaften steuern auf zivilisatorisches Desaster zu. Sie sind der Versuch, mit Marktgesetzen Naturgesetze auszuhebeln. Wirtschaftsgewinne und soziale Ansprüche sind hochgradig abhängige Größen von der biosphärischen Stabilität. Eine beginnende Klimakatastrophe via Hochwasser und Megaorkane etc. wird keine Rücksichten nehmen auf unsere wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittsvorhaben. Von dieser Träumerei wird nichts übrig bleiben! Dort eine Einheit schmieden zu wollen ist Alberei. Gleichwohl dürfte ein sozialer Rahmenplan bei der ökologischen Systemtransformation höchst geboten sein. Nur ist die Ökologie die Dominante.

Im Entwurf der PDS steht, man will erneuerbare Energie fördern. Toll! Wir schreiben drei Worte, die Grünen fast vier Seiten dazu, wie sie sich das Schlüsselprojekt „Solarzeitalter" vorstellen. Einen ökologischen Umbau des Steuersystems und einen grundlegenden Abbau von ökologisch kontraproduktiven Subventionen kennen wir nicht. Die Grünen wollen bis 2010 einen Anteil des Ökolandbaues von mehr als 20 %. Können wir keine Aussage machen dazu. Die Grünen sagen, sie wollen bis zur Mitte des Jahrhunderts die Ressourcenproduktivität um den Faktor 10 erhöhen. Konkrete Aussagen bei uns - Fehlanzeige. Ein kurzer Satz zum Tierschutz und Naturschutz. Die Grünen legen umfassend dar, was sie sich darunter vorstellen. Ob wir den rasanten Flächenverbrauch stoppen wollen, wird der Leser bei uns nie erfahren. Dauert der Atomausstieg mit der PDS länger als bei der SPD, man bekommt keine Auskunft. Aufgeklärt wird man darüber, wie Umweltschutz mit anderen Politikfeldern zusammenhängt, aber bis auf die Reduktion an Kohlendioxid von 35% zwischen 1990 und 2010 bekommt man häufig Plattheiten serviert. So geht das nicht. Ein paar konstruktive Aussagen zur ökologischen Weltsituation in zwei, drei Absätzen wenigstens würde man sich auch bei der Einleitung des Programms wünschen. Im 1993er Programm hat man das immerhin noch geschafft, auch wenn die Stelle verbesserungsfähig wäre.

Fast vollständig aus PDS-Materialen konzipiert (etwa Aussagen aus dem geltenden Programm und dem Entwurf von 2001 sowie Materialien der Ökologischen Plattform) hatte ich schon Ende 2001 einen Alternativentwurf für die Umweltpassage geschrieben, der die verschiedenen Mißstände zumindest in erheblichen Maße beseitigen sollte, aber für erneuerungsresistente PDSler immer noch akzeptabel sein sollte. Das alte grüne Programm war mit dieser Alternativfassung ohne Probleme zu übertrumpfen. Mit meinen etwas mehr als drei Seiten ist das neue grüne Programm leider nicht mehr zu schlagen. Das muß ich einfach einräumen. Allerdings ist schon ein Vorzug, daß ich darin versuchte, Kernaussagen zu konzentrieren. Das führt dazu, daß trotz Kürze viele Punkte enthalten sind, mit denen man dem neuen grünen Programm Paroli bieten kann. Mit der ein oder anderen Verschärfung und Präzisierung der Aussagen ließe sich die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Grünen noch verbessern. Sie qualitativ einzuholen ist bei der jetzigen Programmkonzeption der PDS nicht möglich. Da müßte man gründlicher ändern. Ein solches Aufholen macht natürlich nur Sinn, wenn der Parteivorstand das will. Im vergangenen Jahr war ich zum Beispiel zu einer Miniarbeitsgruppe zur Umweltpassage geladen. Nur Innovationen konnte man dort absolut nicht einbringen. Die Fassung, die dabei raus kam, war schlimmer als das, was wir jetzt hier vorliegen haben im Entwurf.

Grundsätzlich problematisch bei allen Parteiprogrammen ist, daß sie nicht zugeben, daß die ökologischen Demarkationslinien längst überrannt sind. Grenzen des Wachstums kennt man nicht, selbst wenn es die Grünen vortäuschen wollen. Die PDS predigt grünen Konsumismus, wir sollen kaufen, was das Zeug hält, damit die Binnenkonjunktur auch wirklich nicht schlapp macht. Die Ökologische Plattform lehnt diesen Wachstumskult ab. Dies ist eine Strategie, unsere sozialen Ansprüche zu Lasten künftiger Generationen zu lösen.

Auch fehlt mir im Programmentwurf der Hinweis, daß wir uns in einem Suchprozeß befinden, wie man zu einer nichtkapitalistischen Kulturverfassung kommen könnte. Trotz mancher Andeutung ist mir das zu wenig präzise. Umweltakzente kann man ohne Zweifel hier und jetzt umsetzen, eine intelligente Ordnung zur ökologischen Selbstbegrenzung ist mit einer marktreligiösen Plutokratie, die auf Wachstumsdynamik zielt, nicht möglich. Sicher ist das sozialistische

Elysium sehr viel weniger wahrscheinlich, als daß der Kapitalismus noch einmal ein totalitäres Finale liefert. An der ökologischen Herausforderung scheitert er, wird sein brüchiges humanitäres Gewand erneut ablegen. Jedoch muß man zusammendenken, wie der globale soziale Degradationsprozeß abläuft, wo in Folge von schweren durch systemintegrierte Raffgier verursachte Finanzkrisen sowie IWF- und Weltbankoktroy, Schuldenfallen usw. ganze Volkswirtschaften wegbrechen. Hinzu kommt die Bewältigung von Konflikten in Bürgerkriegsform und die Weltherrschaftsallüren der USA. Und am Schluß naht der Absturz in ein dunkles Jahrtausend, wenn wir die globalen Klimaabläufe revolutioniert haben. Ich sehe in unserem Programm nicht, wie man hier totalitäre Entwicklungen abwehren will, die aus diesem Zusammenspiel mit hoher Wahrscheinlichkeit entstehen werden. Wer solche weltgeschichtlichen Prozesse umlenken will, braucht viel durchgreifendere Reformvorstellungen, als sie die PDS entwickelt. In dem Band „Wege zur ökologischen Zeitenwende" werden solche Fragestellungen von Rudolf Bahro und mir thematisiert. Keiner soll sagen können, es würde nicht vorgedacht. Noch mal abschließend zum Programm: Ich denke, die PDS wäre gut beraten, sich mehr reale demokratische Teilhabe ihrer Mitglieder am Programm zu leisten und zu riskieren, daß es einen Parteitag später beschlossen wird. Überdies ist es das kürzeste aller Parteiprogramme und daraus resultieren über den Bereich der Ökologie hinaus Mängel. Das Grünenprogramm ist nicht nur bei der Ökologie, sondern auch bei frauenpolitischen bzw. feministischen Aussagen dem PDS-Entwurf haushoch überlegen. Besser ist auch der Bereich Wissen, Bildung, Kinder. Ich bin nicht sicher, ob im PDS-Entwurf die Sozialpolitik wirklich besser formuliert ist. Einbrechen tun die Grünen faktisch beim Thema Abrüstung, NATO, Kriegseinsätze. Nicht daß sie dazu auch Richtiges sagen. Da ist mir das PDS-Programm aber lieber, wenn die Aussagen dort auch ausbaufähig sind. Nicht so überzeugend sind auch die Aussagen zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, da ist die Sozialkritik im PDS-Programm weitreichender.

Der Alternativentwurf zur PDS-Umweltpassage ist zu finden unter:
www.umweltdebatte.de/texte.htm
(bzw. „tarantel Nr.19)

(Wenn man über eine alternative Fassung der Umweltpassage mit einigermaßen realistischen Erfolgschancen auf dem kommenden Programmparteitag abstimmen lassen will, wird man vermutlich eine erneuerte Fassung brauchen, die mit anderhalb Seiten auskommt.)

Freiheitsgüter, oder die Bestrebung nach Durchbrechung oder Aufhebung des gesellschaftlichen Konsensus als sittliche Norm.

Zur überarbeiteten Fassung der Umweltpassagen des Brie-Brie-Klein-Programmentwurfes

Gangolf Stocker

Nachdem nun sogar Marko Ferst (ich sehe es ihm nach) in seiner überarbeiteten Fassung der Umweltpassagen des Brie-Brie-Klein-Programmentwurfs solchen Hirnschwurbel stehen lassen will, wie „Kein Freiheitsgut ist gefährdeter als die irdischen Naturgleichgewichte" (bei Brie-Brie-Klein heißt es nur „Natur"), muß ich, bevor ich zu platzen drohe, endlich mal reagieren.
Der Satz kann ganz einfach heißen: Die Naturgleichgewichte sind in hohem Maße gefährdet. Oder drohen zu kippen. Oder so ähnlich. Daß die irdischen Naturgleichgewichte gemeint sind und nicht die von Mars oder Venus, versteht sich von selbst. Daß dies aber ein Freiheits"Gut" sein soll, ist hohles Gedöns.

Was ist Freiheit?

Jede Gesellschaft zu jeder Zeit gründet auf einem Konsensus: Das darf man/frau auf keinen Fall, das darf man/frau, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt bzw. eingehalten werden, das ist erlaubt in dem und dem Umfang z.B.. Wer gegen diesen Konsens verstößt, wird bestraft.
Jede Gesellschaft funktioniert nur, weil sie dem Einzelnen abfordert, Triebe und Wünsche zu unterdrükken, zumindest aber ihre direkte Befriedigung verbietet und sie allenfalls in sublimierter Form bzw. nach außen gerichtet erlaubt (dort z. T. sogar fordert: Menschen töten im Krieg z.B.). Wozu einem also die Gesellschaft zu tun die Freiheit läßt, ist der Rest all dessen, was man/frau nicht darf. Der gesellschaftliche Konsens, den einzuhalten um den sozialen Schutz willen man/frau gezwungen ist, gibt kleine oder größere Freiheiten je nach Gesellschaftsordnung. Dennoch: Diese Freiheiten sind nur die Kehrseite der einzuhaltenden Verbote.
Freiheit ist deshalb so positiv emotional besetzt, weil damit die Aufhebung oder Durchbrechung der Verbote des gesellschaftlichen Konsensus assoziiert. Freiheit ist kein für sich stehendes Konkretum, sondern - je nach Lage - die Summe des Mangels an Triebauslebung. Daher ist der Begriff Freiheit bei Politikern sehr beliebt, kann man/frau damit alles assoziieren, ohne es benennen zu müssen.

Was ist ein „Gut“?

Vergessen wir die wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen und sonstigen Definitionen und betrachten wir den Begriff „Gut“ als Begriff in der Philosophie, als sittlichen Wert eben. Da böte sich dann an, die Menschenrechte seien solch ein sittlicher Wert, solch ein „Gut“. Die Menschenrechte, die international definierte Mindestmenge, was man/frau darf, wozu man/frau das Recht hat, als Rest dessen, was man/frau nicht darf. Damit wäre ich noch einverstanden, aber nicht damit, nun der Natur Menschenrechte einzuräumen. Das Naturgleichgewicht, um beim Beispiel zu bleiben ist ein solches ohne oder mit dem Menschen; es bedarf seiner nicht. Der Natur ist es ziemlich egal, ober wir ihr einen sittlichen Wert zubilligen, weil das nur eine Abmachung unter Menschen ist. Zum Beispiel kann man/frau per Gesetz jedem Menschen das Recht zubilligen, in einer intakten Natur zu leben, damit impliziert das Gebot, die Naturgleichgewichte zu erhalten. Diese Abmachung unter Menschen ist dann der anzustrebende sittliche Wert, das „Gut“, nicht aber das Naturgleichgewicht an sich.
Der Begriff Freiheitsgut ist also per se Nonsens. In etwa übersetzt würde er heißen: Bestrebung nach Durchbrechung oder Aufhebung des gesellschaftlichen Konsensus als sittliche Norm.
Die Crux ist, daß die vielen selbsternannten Vordenker in der PDS nur noch in Sprachkategorien des kapitalistischen Marktes glauben reden und schreiben zu müssen. In der kapitalistischen Marketingstrategie aber impliziert der Begriff Freiheit die Freiheit zu kaufen und zu verkaufen, der Begriff Gut ist identisch mit der Ware – als landwirtschaftliches, wirtschaftliches oder Investitionsgut. Alle sind sie bzw. werden sie positiv besetzt. Wer sich in diesen klebrigen Begriffssumpf begibt, kommt darin um.
Laßt uns, wenn wir von Freiheit reden, immer sagen, frei von was. Laßt uns, wenn wir von „Gut“ reden, sagen, welchen sittlichen Wert wir meinen, Menschrechte etwa oder demokratische Rechte, aber auch immer, welche. Alles andere ist Gedöns.
Ich muß noch hinzufügen, daß die o.a. Kritik sich nicht gegen Marko Ferst richtet, schließlich stammt der kritisierte Satz im Kern ja nicht von ihm.
Zwei kurze Anmerkungen noch zum „Rest“ des Vorschlags von Marko, Ökologische Politik hat nichts mit Effizienzrevolution zu tun, überhaupt nicht. Das ist zwar sowohl das Problem der Ökonomie und Ökologie, aber von der ökonomischen Seite sozusagen vollautomatisch Tagesprogramm. Also der Wirtschaft zu sagen, sie müsse effizienter arbeiten, wäre Eulen nach Athen tragen.
Und last not least: Es mag allgemein ein Verbot herrschen, die Entschleunigung des Verkehrs zu fordern. Dies sollte aber nicht für die PDS, und schon gar nicht für die Ökologische Plattform gelten.

Ein Reformationstag bei ADELE

Bekanntlich schlug Martin Luther am 31.10.1517 in Wittenberg 95 Thesen an das Kirchentor und leitete damit die Reformation ein, die die damalige Kirche grundlegend veränderte.
Einen so hohen Anspruch hatte das ADELE-Landestreffen am 31.10.2002 in Auterwitz zwar nicht – aber wer will bestreiten, dass die PDS Reformen dringend nötig hat ?
Nach der herben Wahlniederlage am 22. September, den absoluten Stimmenverlusten für die PDS und nach dem Geraer Parteitag müssen wir uns alle fragen, wie es künftig in und mit der PDS weitergeht, welche Schwerpunkte zu setzen sind, um unserem Anspruch als sozialistische Partei gerecht und von den BürgerInnen als solche auch anerkannt zu werden. Da drängte sich fast von selbst das Thema unseres Landestreffens auf: Die Partei in der Krise – bei ADELE alles in Ordnung?
Wir einigten uns ziemlich schnell auf folgende Diskussionspunkte, denen wir in Zukunft mehr Aufmerksamkeit schenken müssen:

1. Öffentlichkeitsarbeit
2. Aktionsfähigkeit
3. „junge“ ADELE
4. Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Verbänden
5. Aktionstage im Landesverband

Dabei mussten wir feststellen, dass ADELE bisher schon recht aktiv war, z.B. die ökologischen Positionen in den Landesverband eingebracht hat, zu verschiedenen Anlässen mit Ständen präsent ist und auch Aktionen, wie das Öko-Camp in Heuersdorf, durchgeführt hat. Vor allem die Arbeit von Andrea Roth mit den Bürgerinitiativen geniesst bei vielen BürgerInnen hohe Anerkennung. Doch alles in allem reichte die Wirkung dieser Aktivitäten nicht aus, um die WählerInnen von unserer Unabkömmlichkeit im Bundestag zu überzeugen.
Wir müssen unsere Arbeit in die PDS hinein weiter verstärken, denn für viele sind Umweltschutz oder sozialökologischer Umbau nach wie vor ein Randthema für bessere Zeiten, die aber von allein nicht kommen werden. Außerhalb der PDS sind Umweltthemen auch nicht gerade der Renner, man denke nur an die „Öko“-Steuer, die den Leuten zwar das Geld aus der Tasche zieht, aber mit Schonung von Ressourcen und Umwelt nichts zu tun hat. Hier müssen wir die Positionen der PDS, die versucht das Dreieck „Ökologie – Ökonomie – soziale Gerechtigkeit“ zusammen zu kriegen, offensiver und anschaulicher an die Menschen heranbringen.
Nach einigen Stunden intensiver Beratung einigten wir uns auf folgende Aufgaben:

1. ADELE muss als ökologische Plattform bei der PDS Sachsen sowohl auf Parteiveranstaltungen als auch außerhalb der PDS optisch und inhaltlich prä-

senter sein. Z.B. durch sachsenweite Aktionen am Weltumwelttag (05.06.03) oder einer Radtour an einem Fluß, der vom Hochwasser betroffen war am Weltwassertag (22.03.03), um die Zusammenhänge zwischen Umweltzerstörung, Klimawandel und Naturkatastrophen aufzuzeigen. Ein Zeltlager an der Talsperre Windischleuba (12.-14.9.03) ist geplant. Die Talsperre hat eine wichtige Funktion im Hochwasserschutz, aber da sie auf der Landesgrenze zwischen Sachsen und Thüringen liegt, fühlt sich keiner verantwortlich. Es ist auch eine attraktive Ausstattung von Ständen mit Material notwendig, um das Anliegen von ADELE und der PDS darzustellen. Eine AG „Öffentlichkeitsarbeit" wird sich damit beschäftigen.

2. Für den Wahlkampf 2004 wird eine „Umweltwahltour" durch Sachsen vorbereitet, um an wichtigen Punkten, z.B. geplanten Standorten für Müllverbrennungsanlagen, vom Hochwasser betroffenen Gemeinden oder überdimensionierten Kläranlagen die Standpunkte der PDS zu diesen Problemen mit den BürgerInnen vor Ort zu diskutieren.
3. Problematisch ist auch bei uns, wie in der PDS insgesamt, der Aufbau von Jugendstrukturen. Deshalb wurde Andrea Saupe beauftragt, gemeinsam mit Katy Unger und Mathias Karich Ideen zu entwickeln, wie junge Leute für eine umweltbewegte Arbeit gewonnen werden können.
4. ADELE bietet dem Kommunalpolitischen Forum unsere Kompetenz auf verschiedenen Gebieten, z.B. ADENDA 21, Energie und Verkehr, Mobilfunk, Abfallpolitik oder alternative Lebensweisen an, um diese Themen in die Weiterbildung einzubinden.
5. Die SprecherInnen von ADELE nehmen Kontakt zu Umweltverbänden und –vereinen Sachsens auf, um ADELE vorzustellen und eine eventuelle Zusammenarbeit auf geeigneten Gebieten auszuloten.
6. Die Medien sind besser als bisher zu nutzen, um über ADELE und ihre Anliegen und Aktivitäten zu informieren.

Andrea Roth informierte darüber, dass eine Bundes-AG „Umwelt, Energie, Verkehr" gegründet wurde, um die Arbeit auf diesem Gebiet auf Bundesebene fortzusetzen. Andreas Naumann als unser Vertreter im Landesparteirat informierte über die vergangenen Veranstaltungen und die geplanten Neuerungen, die bei uns etwas auf Unverständnis stießen.
Auch wenn hier nur 6 künftige Aufgaben formuliert sind und nicht 95 Thesen wie bei Luther, waren wir mit dem Ergebnis des Reformationstages ganz zufrieden. Doch die Praxis ist das Kriterium der Wahrheit und in diesem Sinne gilt es nun zu handeln.

Rothenburg, den 11.11.02

Feminismus und Ökologie sind Geschwister

Anne-Kathrein Petereit

Anlaß für meine Überlegungen sind öffentliche und nichtöffentliche Diskussionen in und außerhalb der PDS. Immer wieder wird der Begriff Feminismus abfällig gebraucht, werden Feministinnen mit männerhassenden Emanzen gleichgesetzt (auch solche gibt es vereinzelt). Bei den Themen „Quotenregelung" und „weibliche Wortendungen" fallen Äußerungen wie „Wohl dem, der keine anderen Sorgen hat" (weiblich) und „Der Hauptfeind ist der Mann" (männlich). Viele Mißverständnisse liegen dem zugrunde.
Ein verbreiteter Irrtum besteht in der Meinung, es ginge „nur" um die Überwindung jahrtausendelangen Unrechts gegenüber den Frauen und die Beseitigung alltäglicher Benachteiligung. Patriarchat ist jedoch gekennzeichnet durch Herrschaftsverhältnisse *ganz allgemein*. Schon vor 300 Jahren war Margret von Cavendish, Herzogin von Newcastle, der Meinung, es sei nicht in Ordnung, daß Männer die Frauen beherrschen, die Erwachsenen die Kinder und alle zusammen die Natur.
Margret von Cavendish war übrigens eine sehr impertinente Person. Nicht nur, daß sie sich als Frau (!) eigene Gedanken machte, Gedanken, die so gar nicht zum Zeitgeist paßten. Nicht nur, daß sie diese Gedanken niederschrieb und bedeutende Männer ihrer Zeit mit ihren Briefen belästigte, auf die sie übrigens nie eine Antwort bekam. Nein, sie war auch noch so unverschämt, ihre Werke unter ihrem eigenen, weiblichen Namen zu veröffentlichen! Noch heute wird sie in kaum einem Philosophenlexikon genannt.
Wir wissen heute, daß in patriarchalen Gesellschaften auch immer eine Minderheit über eine Mehrheit herrscht, und daß die Länder des Nordens die des Südens beherrschen und ausbeuten. Wohin diese Herrschaftsverhältnisse und das dazugehörige Wertesystem Menschheit und Biosphäre gebracht haben, wissen wir auch. Aus diesem Grund verblassen all meine „anderen Sorgen" vor der einen großen Sorge, ob die Menschheit das Patriarchat wird überwinden können und damit als Gattung ihren eigenen Untergang aufhalten.
Ein anderer Irrtum vieler Linker ist die Überzeugung, allein die Abschaffung des Kapitalismus würde die Rettung bringen. Aber Raubbau an der Natur, soziale Ungerechtigkeit, Unterdrückung anderer Menschen und von Frauen, Kriege, Ausbeutung anderer Völker hat es schon im Altertum gegeben. Kapitalismus, Imperialismus, Neoliberalismus – das sind die äußersten Zuspitzungen einer vom Grunde her schon fragwürdigen Ordnung.

Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Kriege gab es jedoch nicht immer in der Menschheitsgeschichte. Wer es bezweifelt, befasse sich mit den Ergebnissen der modernen Matriarchatsforschung (empfohlen sei vor allem Heide Göttner-Abendroth). Noch vor wenigen Jahren äußerten Feministinnen der PDS, ein Matriarchat habe es nicht gegeben bzw. das Wissen davon würde uns nichts nützen. Das wirft die Frage auf, warum Friedrich Engels das Thema in seinen Schriften ausführlich behandelt hat. So unwichtig kann es aus seiner Sicht offenbar nicht gewesen sein.
Seit ich einiges weiß über das Leben in matrizentrischen Gesellschaften, über ihr soziales Gefüge und das Verhältnis der Menschen zueinander und zur umgebenden Natur, ist mir wirklich erst ein fremder, unvertrauter Blick auf unsere pathologische Gesellschaft möglich. Und einen solchen Blick brauchen wir, wenn wir dieses System von seinen Grundlagen her – angefangen bei seiner Tiefideologie – überwinden wollen. Dazu gehört auch, daß wir ein anderes Naturverhältnis benötigen. Viele Völker mit traditioneller Lebensweise verehren die Erde, die alles Leben hervorbringt, wie eine Mutter, und eine Mutter zerstört man nicht. Dagegen unser Verhältnis zur Natur ist geprägt von Worten wie „Macht euch die Erde untertan“ (Altes Testament) und „Wir müssen der Natur ihre Geheimnisse entreißen, notfalls unter der Folter“ (Francis Bacon). Gerade weil wir heute über 6 Milliarden Menschen auf der Erde sind, ist es dringend notwendig, unsere innere Einstellung zur Natur zu verändern.
Das Wissen von einer grundlegend anderen Gesellschaftsverfassung ist auch von Nutzen, um die Ursachen für die seit dem Matriarchat völlig veränderten Geschlechterrollen zu erkennen. So weist Maria Mies in dem Buch „Ökofeminismus“ nach, daß der kapitalistisch-patriarchale Nationalstaat das Muster des militärischen, gewaltbereiten Mannes, das Bild des Rambos aus ökonomischen und politischen Gründen braucht.
Die Theologin Dorothee Sölle schreibt in ihrem Essay „Über die Unterdrückung des Mannes“ (Anthologie: MannsBilder von Frauen): „Die Gesellschaft hat ihn dazu erzogen, nicht nur keine Gefühle zu zeigen, sondern auch sich selber abzuschneiden, von jeder Art Transzendenz dessen, was ist. Er tanzt nicht, er weint nicht; kann man sich etwa vorstellen, daß er betet? Es wäre zum Lachen. ... Die Romantiker haben sehr gut verstanden, daß der Kampf für die Emanzipation der Frauen auch der Kampf für die verarmten und verkrüppelten Männer sein muß. Auch heute wollen Frauen nicht nur den gleichen Anteil vom ganzen Kuchen, sie bilden sich vielmehr ein, daß noch ganz andere Kuchen gebacken werden können als die derzeitigen.“
Daß auch Frauen durch die langanhaltende Unterdrükkung verbogen wurden, bedarf wohl keiner Diskussion. Am Schluß ihres Essays beschreibt Sölle eine Kinderzeichnung: „... hat sie Gott gemalt, es ist eine tanzende Gestalt mit ausgebreiteten Armen. Mitten auf dem blauen Rock steht ‚God’. Es ist eine Frau, und sie tanzt. Der befreite Mann, wenn es ihn geben wird, wird diesen Gott lieben.“
Im sich Befreien der Geschlechter, im Abwerfen von Rollenzwängen, im Sich-einander-Annähern sieht die französische Philosophin Elisabeth Badinter die „androgyne Revolution“. Dorothee Sölle ist aber „... skeptisch den Hoffnungen gegenüber, eine kulturelle Befreiung unabhängig von politisch-ökonomischer zu sehen. Das bedeutet aber nicht, daß nicht schon heute an der kulturellen Front gekämpft werden müßte.“
Die politisch-ökonomische Befreiung wird nur möglich sein, so denke ich, durch einen tiefgreifenden Bewußtseinswandel großer Teile der Menschheit, der ausgelöst wird durch einen ungeheuren Leidensdruck.

Überleben statt Profit

Über die Notwendigkeit einer ökosozialistischen Ethik

Michael Löwy

Zum Thema Ökosozialismus schickt uns Saral Sarkar, der auf unserem Bundestreffen im Mai sprechen wird, einen Artikel von Michael Löwy, französischer Sozialist, der in der Januarausgabe der Zeitschrift Soz erschien, und seinen eigenen Diskussionsbeitrag dazu, der im April in Soz erscheint. Wir bringen hier den Hauptteil des Artikels von Löwy und den Beitrag von Sarkar.

....Der moderne Sozialismus will die Produktion nicht mehr auf den Kriterien des Marktes und des Kapitals – der „zahlbaren Nachfrage“, der Rentabilität, des Profits, der Akkumulation – gründen, sondern auf der Befriedigung sozialer Bedürfnisse, auf dem „Gemeinwohl“, der sozialen Gerechtigkeit. Es handelt sich um qualitative Werte, die nicht auf eine merkantile oder monitäre Quantifizierung reduziert werden können. Indem er dem Produktivismus eine Absage erteilt, bestand Marx auf der Priorität des Seins der Individuen – der vollen Verwirklichung ihrer menschlichen Potenzen – gegenüber dem Haben, dem Besitz von Gütern. Für ihn war das erste soziale Bedürfnis, das dringlichste, jenes, das die Pforten des „Reichs der Freiheit“ öffnete, das der freien Zeit, der Reduzierung des Arbeitstages, der Entfaltung der Individuen durch das Spiel, das Lernen, das künstlerische Schaffen, die Liebe.
Zu diesen sozialen Bedürfnissen gehört eines, das heute eine entscheidendere Bedeutung einnimmt und das Marx in seinem Werk nicht genügend berücksichtigt hat (von einigen isolierten Stellen abgesehen): das Bedürfnis, die natürliche Umwelt zu schützen, das

Bedürfnis nach atembarer Luft, trinkbarem Wasser, nach einer Ernährung frei von chemischen Giften oder nuklearer Strahlung. Ein Bedürnis, das man zunehmend mit dem Gebot des Überlebens der menschlichen Spezies auf diesem Planeten identifiziert, dessen ökologisches Gleichgewicht ernstlich von den katastrophalen Folgen – Treibhauseffekt, Zerstörung der Ozonschicht, nukleare Gefahr – der unbegrenzten Expansion des kapitalistischen Produktivismus bedroht wird.

Der Sozialismus und die Ökologie teilen also die qualitativen sozialen Werte, die nicht mit dem Markt vereinbar sind. Sie teilen auch eine Revolte gegen die „große Verwandlung", gegen die verdinglichte Autonomisierung der Ökonomie in Bezug auf die Gesellschaft, und einen Wunsch, die Ökonomie wieder in eine soziale und natürliche Umwelt „einzugliedern". Aber diese Konvergenz ist nur möglich unter der Bedingung, daß die Marxisten ihre traditionelle Konzeption der „Produktivkräfte" einer kritischen Analyse unterwerfen und die Ökologen mit der Illusion einer wahren „Marktwirtschaft" brechen. Diese doppelte Operation ist das Werk einer Strömung, des Ökosozialismus, der die Synthese dieser beiden Methoden bewerkstelligt hat.

Dabei handelt es sich um eine Strömung des ökologischen Denkens und Handelns, die die grundlegenden Errungenschaften des Marxismus integriert und ihn dabei von seinen produktivistischen Schlacken befreit. Eine Strömung, die verstanden hat, daß die Logik des kapitalistischen Marktes und des Profits – ebenso wie die des technisch-bürokratischen Autoritarismus der ehemaligen „Volksdemokratien" – unvereinbar ist mit der Bewahrung der Umwelt. Schließlich eine Strömung, die die Ideologie der herrschenden Stömungen der Arbeiterbewegung kritisiert und doch weiß, daß die Arbeitenden und ihre Organisationen eine wesentliche Kraft für eine radikale Transformation des Systems darstellen. Dieser Ökosozialismus hat sich – ausgehend von den Untersuchungen einiger russischer Pioniere vom Ausgang des 19. und vom Beginn des 20. Jahrhunderts (Sergej Podolinski, Wladimir Wernadski) – vor allem im Laufe der letzten zwanzig Jahre entwikkelt.

Wie könnten die wesentlichen Elemente einer ökosozialistischen Ethik aussehen, die sich radikal der zerstörerischen und durch und durch „nicht-ethischen" Logik der kapitalistischen Rentabilität und des totalen Marktes widersetzt – diesem System der „universellen Käuflichkeit"?

- Zunächst handelt es sich um eine soziale Ethik: es ist keine Ethik des individuellen Verhaltens, der es nicht darum geht, bei Personen Schuldgefühle zu wecken, die Askese oder Selbstbeschränkung zu fördern. Sicherlich ist es wichtig, daß die Individuen dazu erzogen werden, die Umwelt zu respektieren und nichts zu verschwenden, aber in Wirklichkeit geht es um etwas anderes: um die Transformation der kapitalistischen ökonomischen und sozialen Stukturen, um die Errichtung eines neuen Paradigmas von Produktion und Verteilung, das auf der Berücksichtigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse beruht – besonders des elementaren Bedürfnisses, in einer natürlichen, nicht beschädigten Umwelt zu leben. Eine solche Änderung erfordert soziale Akteure, soziale Bewegungen, ökologische Organisationen, politische Parteien – und nicht bloß Individuen mit gutem Willen.

- Diese soziale Ethik ist eine humanistische Ethik. In Harmonie mit der Natur zu leben, bedrohte Arten zu schützen, dies sind humane Werte, ebenso wie die Zerstörung von Lebensfomen, die das menschliche Leben angreifen (Mikroben, Viren, Parasiten). Die Anopheles-Mücke, Überträgerin des Gelbfiebers, hat nicht dasselbe „Recht zu leben" wie die Kinder der Dritten Welt, die von dieser Krankheit bedroht sind: um letztere zu retten ist es ethisch legitim, erstere in manchen Regionen auszurotten.

Die ökologische Krise, die das natürliche Gleichgewicht der Umwelt bedroht, gefährdet nicht nur Flora und Fauna, sondern auch und vor allem die Gesundheit, die Lebensbedingungen, das bloße Überleben unserer Spezies. Es ist also überhaupt nicht erforderlich, einen Krieg gegen den Humanismus oder „Anthropozentrismus" zu führen, um in der Verteidigung der Biodiversität oder bedrohter Tierarten ein ethisches und politisches Erfordernis zu sehen. Der Kampf zur Rettung der Umwelt, der notwendigerweise ein Kampf für eine Änderung der Zivilisation ist, ist ein humanistischer Imperativ, der nicht nur diese oder jene soziale Klasse betrifft, sondern die Gesamtheit der Individuen.

Dieser Imperativ betrifft die künftigen Generationen, die Gefahr laufen, daß ihnen ein Planet hinterlassen wird, der durch die zunehmend unkontrollierbare Akkumulation von Umweltschäden lebensfeindlich geworden ist. Aber der Diskurs, der die ökologische Ethik wesentlich auf diese zukünftige Gefahr begründet, ist heute wohl überholt. Es handelt sich um eine dringendere Frage, die unmittelbar die heutigen Generationen betrifft: die Individuen, die am Beginn des 21. Jahrhunderts leben, kennen bereits die dramatischen Folgen der kapitalistischen Zerstörung und Vergiftung der Biosphäre und laufen Gefahr – und dies betrifft in jedem Fall die junge Generation -, in zwanzig oder dreißig Jahren wirkliche Katastrophen zu erleben.

- Es handelt sich auch um eine egalitäre Ethik: die gegenwärtige Produktions- und Konsumtionsweise der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, die auf einer Logik unbegrenzter Akkumulation (von Kapital, Profiten, Waren) beruht sowie auf der Verschwendung von Ressourcen, einem großtuerischen Konsum, der beschleunigten Zerstörung der Umwelt, kann keinesfalls auf den ganzen Planeten ausgedehnt werden, ohne eine größere ökologische Krise hervorzurufen. Dieses System beruht also notwendigeweise auf der Bewah-

rung und Verschärfung der schreienden Ungleichheit zwischen Nord und Süd. Das ökosozialistische Projekt zielt auf eine planetare Umverteilung des Reichtums und eine gemeinsame Entwicklung der Ressourcen dank eines neuen Paradigmas der Produktion.
Das sozialethische Erfordernis, die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, hat nur Sinn in einem Geist der sozialen Gerechtigkeit, Gleichheit (was nicht Homogenisierung bedeutet) und Solidarität. Dazu gehört in letzter Instanz die kollektive Aneignung der Produktionsmittel und die Verteilung der Güter und Dienstleistungen entsprechend dem Prinzip „Jedem nach seinen Bedürfnissen".
Zum Ökozozialismus gehört auch eine demokratische Ethik: solange die ökonomischen Entscheidungen in den Händen einer Oligarchie von Kapitalisten, Bankiers und Technokraten verbleiben – oder in den Händen einer Bürokratie, die jeder demokratischen Kontrolle entzogen ist -, wird man niemals dem teuflischen Zyklus von Produktivismus, Ausbeutung der Arbeitenden und Zerstörung der Umwelt entkommen. Die ökonomische Demokratisierung – die die Sozialisierung der Produktivkräfte einschließt – bedeutet, daß die großen Entscheidungen über Produktion und Verteilung nicht von „den Märkten" oder von einem Politbüro getroffen werden, sondern von der Gesellschaft selbst, nach einer demokratischen und pluralistischen Debatte, bei der verschiedene Vorschläge und Optionen aufeinander prallen. Sie ist die notwendige Bedingung der Einführung einer anderen sozioökonomischen Logik und eines anderen Verhältnisses zur Natur.
- Schließlich ist der Ökosozialismus eine radikale Ethik im etymologischen Sinne des Wortes: eine Ethik, die an die Wurzel des Übels gehen will. Die halbherzigen Maßnahmen und Reformen, die Konferenzen von Rio, der Emissionshandel können nicht zur Lösung beitragen. Notwendig ist ein radikaler Paradigmenwechsel, ein neues Model von Zivilisation, kurz, eine revolutionäre Veränderung.
Diese Revolution greift die gesellschaftlichen Beziehungen der Produktion an - das Privateigentum, die Arbeitsteilung -, aber auch die Produktivkräfte. Gegen einen gewissen Vulgärmarxismus, der sich auf einige Texte des Gründers stützen kann, ist es nötig, die Struktur des Produktionsprozesses selbst in Frage zu stellen.
Um die berühmte Formel von Marx über den Staat nach der Pariser Kommune zu paraphrasieren: die Arbeitenden, das Volk, können den Produktionsapparat nicht einfach übernehmen und für ihre Zwecke in Gang setzen, sie müssen ihn „zerbrechen" und durch einen anderen ersetzen. Das heißt: eine tiefgreifende Transformation der technischen Struktur der Produktion und der (bisher im Wesentlichen fossilen oder nuklearen) Energiequellen, die sie prägen; eine Technologie, die die Umwelt respektiert, und erneuerbare Energien - besonders die Sonnenenergie - stehen im Mittelpunkt des ökosozialistischen Projekts.
Die Utopie eines ökologischen Sozialismus, eines „solaren Kommunismus", bedeutet nicht, daß man jetzt nicht für Sofortziele kämpfen muß, die die Zukunft erahnen lassen und von denselben Werten inspiriert sind:
= für den öffentlichen Verkehr und gegen die monströsen Auswüchse des individuellen Automobilismus und des Straßenverkehrs;
= heraus aus der nuklearen Falle und für die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen;
= für die Einhaltung des Kyoto-Abkommens zum Treibhauseffekt und gegen den Emisionshandel;
= für eine biologische Landwirtschaft und gegen die Saatgutmultis und ihre gentechnisch manipulierten Organismen.

Zu Michael Löwys Ökosozialismus

Saral Sarkar

Der Redaktion von Soz gebührt Dank für die Veröffentlichung von Löwys Artikel. Im letzten Jahr hat sie mein Buch Die Nachhaltige Gesellschaft – eine kritische Analyse der Systemalternativen besprochen und auch einen Auszug daraus veröffentlicht. Nun sind einige Fragen aufgeworfen und eine neue Perspektive vorgelegt worden, die für alle Linken und Öko-Aktivisten eine Herausforderung bedeuten müßten. Man darf jetzt von ihnen verlangen, daß sie sich ernsthaft damit auseinandersetzen. Die Neukonzipierung des Sozialismus und einer nachhaltigen Gesellschaft muß endlich beginnen.
Ich will hier nicht auf Punkte eingehen, bei denen zwischen Löwys Positionen und denen von mir große Übereinstimmung besteht, sondern mich darauf beschränken, das zu ergänzen, was er vernachlässigt hat, und seine Fehler zu korrigieren.
(1) Löwys Fehler beginnt schon mit dem Titel. Er hätte heißen müssen „Überleben statt Wohlstand". Denn auch eine echt sozialistische Gesellschaft, die die ökologische Lektion nicht gelernt hat, kann durch kurzsichtiges Streben nach immer mehr Wohlstand für das ganze Volk die natürliche Umwelt zerstören. Ein halber Beleg dafür ist die ehemalige Sowjetunion. Auch der tadellose West-Sozialist Ernest Mandel schrieb in seinem Buch Marxist Economic Theory, daß im Sozialismus, „selbst wenn Reisen mit Flugzeug, Bahn und Bus kostenlos sind, werden sich Menschen weiterhin ein privates Auto wünschen... Eine sozialistische Gesellschaft wird solche Wünsche respektieren und ... versuchen, sie zu erfüllen."
Diesen wichtigen Punkt hat Löwy nicht verstanden.

Darum schreibt er von „der kapitalistischen Zerstörung und Vergiftung der Biosphäre“ und von „der unbegrenzten Expansion des kapitalistischen Produktivismus“, als wäre das alles im Sozialismus undenkbar. Diesen Fehler hat schon Marx begangen. In einem oft zitierten Passus in Das Kapital. Bd. I schreibt er von „der kapitalistischen Agrikultur“ und der „kapitalistischen Produktion“, die die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter, obwohl er in demselben Passus auch richtigerweise von „der modernen Agrikultur“ und „der großen Industrie“ spricht.

(2) Auch der Begriff Produktivismus ist nicht passend. In vorindustriellen Gesellschaften hätte der Produktivismus, wenn es ihn gegeben hätte, nicht soviel ökologischen Schaden anrichten können wie heute. Sie hatten ja keine Motorsäge. Das Problem begann mit der Nutzung von fossilen Energien, die eine rasante Entwicklung der Produktivkräfte, sehr viel mehr Produktion mit sehr viel mehr Ressourcenverbrauch und massive Umweltzerstörung ermöglichte. Den Industrialismus und die industrielle Zivilisation, in welcher politischen Verpackung auch immer, sollten wir also problematisieren.

Nun aber gibt es sowohl unter den Linken als auch unter den Ökoaktivisten die Vorstellung, daß dank kontinuierlicher technologischer Entwicklung alle oder die meisten Probleme bezüglich der Umweltzerstörung und der nicht erneuerbaren Ressourcen gelöst werden können, sodaß der gewohnte Lebensstandard der industrialisierten Welt auch in einer zukünftigen nachhaltigen Weltwirtschaft ohne große Abstriche möglich sein würde. Stichworte dazu: nachhaltige(s) Entwicklung/ Wachstum, ökologisches Wirtschaftswunder, solare Weltwirtschaft usw. Zum Beispiel schreibt Hermann Scheer in seinem Buch Solare Weltwirtschaft, Solarenergie könne „ die üppigsten Energiebedürfnisse sogar einer sich noch drastisch vermehrenden Menschenwelt befriedigen“.

Es gibt starke Gründe zu glauben, daß solche Behauptungen bzw. Hoffnungen unzutreffend bzw. illusorisch sind (siehe mein Buch, Kapitel 4). Löwy aber, der erfreulicherweise den Marxismus „von seinen produktivistischen Schlacken befreit“ sehen möchte und die marxistische, „tradidionelle Konzeption der Produktivkräfte einer kritischen Analyse unterwerfen“ will, setzt dennoch seine Hoffnung auf technologische Entwicklung – allerdings auf eine, die die Umwelt respektiert – und auf erneuerbare Energien, besonders die Sonnenenergie.

Zudem plädiert er für einen „solaren Kommunismus“, in dem die „Güter und Dienstleistungen entsprechend dem (traditionellen marxschen) Prinzip ´jedem nach seinen Bedürfnissen´“ verteilt werden, als hätte er noch nicht von den Grenzen des Wachstums gehört. Er denkt an eine „planetare Umverteilung des Reichtums“ (im Titel ist aber von Überleben die Rede). Eigentlich hätte unter Sozialisten längst eine intensive post-marxistische Diskussion über Bedürfnisse beginnen müssen, vor allem über die Frage, was für Bedürfnisse in welchem Ausmaß in einer nachhaltigen Welt befriedigt werdem können. Sonst könnten in „ökologisch“ sozialistischen Köpfen Gedanken geistern wie z.B., daß man mit Solarwasserstoff betriebene Motorsägen einsetzen könne, um riesige Holzernten aus Wäldern einzufahren, in denen gentechnisch gezüchtete Bäume schnell wachsen.

(3) Wenn man die Bedürfnisse ernsthaft angehen will, kann man nicht umhin zu fragen: für wie viele Menschen? Dann muß man den Marxismus von noch einem anderen Fehler befreien, vom Nicht-wahrnehmen-wollen des Übervölkerungsproblems. Löwy tut das nicht.

(4) Löwy schreibt, Marx habe das Bedürfnis, die Umwelt zu schützen, nicht genügend berücksichtigt. Das stimmt nicht ganz. Sowohl er (siehe Zitat oben) als auch Engels haben genug geschrieben, um ganz deutlich zu machen, daß sie die Umweltproblematik in ihrer vollen Bedeutung erkannt hatten. Engels schrieb sogar von der Rache der Natur. Daß sie trotzdem parallel dazu ihren Produktivismus aufrecht erhalten konnten, erklärt sich durch ihren Glauben an eine Lösung durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Engels schrieb in Dialektik der Natur: „....seit den gewaltigen Fortschritten der Naturwissenschaft...werden wir mehr und mehr in den Stand gesetzt, auch die entfernteren natürlichen Nachwirkungen... unserer Produktionshandlungen kennen und damit beherrschen zu lernen...“

Dieser Fortschrittsglauben ließ sie auch hoffen, daß die Zunahme des wahren Reichtums, nämlich der freien Zeit, mit dem Wachstum des materiellen Reichtums Hand in Hand gehen könne. Das hat sich bis heute nicht geändert. Heutzutage glauben die Marxisten, sonstige „Ökosozialisten“ oder Ökokapitalisten, modern und umweltbewußt, an gewaltige Fortschritte bei umweltfreundlichen Technologien, die es ermöglichen werden, Ökologie und Ökonomie (sprich Wirtschaftswachstum und Wohlstandsvermehrung) zu versöhnen. Für sie muß die Lösung des Problems eine technologische sein. Man lebt ja in Europa.

Löwy denkt, sein Ziel, egalitäre und planetarische Umverteilung des Reichtums, ist erreichbar –„dank eines neuen Paradigmas der Produktion“. Er erklärt den Begriff nicht, aber wenn er damit mehr meint als nur Entwicklung von umweltfreundlichen Technologien und erneuerbaren Energien, dann hat er recht. Für mich wäre das eine global verteilte und dezentrale Produktion mit arbeitsintensiven Technologien, die nicht nur das Problem der Arbeitslosigkeit lösen hilft, sondern auch das Ökologie- und Ressourcenproblem. Denn solche Technologien erfordern viel weniger Ressourcenverbrauch und verursachen mithin viel weniger Umweltbelastung. Wieviel materieller Reichtum und

freie Zeit dann möglich sein würde, wird von dem erstrebten Lebensstandard abhängen.
(5) Ein letzter Kritikpunkt:Wenn Löwy seine humanistische Ethik so anthropozentrisch auffaßt, daß er im Interesse der Menschen sogar die Ausrottung – nicht bloß zahlenmäßige Kontrolle – einer Spezies, der Anopheles-Mücke, befürwortet, dann geraten die Tiefenökologen zurecht in Rage. Denn so könnte man auch im Interesse der Menschen in Asien und Afrika, deren Zahl ja ständig zunimmt, die Ausrottung der Tiger und Elefanten befürworten.

Zur Kritik des Dogmas vom totalen Markt

Die Schattenseiten der Globalisierung aus dem Blickwinkel der politischen Kulturkritik Carl Amerys. Notizen zu seinem neuen Buch „Global Exit“

Marko Ferst

Als Autor reicht Carl Amery weit über das Etikett eines Globalisierungskritikers hinaus. In seinem neuen Buch „Global Exit“ gerät die gesamte Kulturentwicklung des Menschen auf den Prüfstand, die demokratische Einbettung ebenso wie die ökologische Tragekapazität, die Frage nach der erneuerten kriegerischen Logik. All dies behandelt er unter dem zentralen Brennpunkt globalisierter Wettrenn-Gesellschaften.
Konnte im östlichen Lager von Gorbatschow vor der 89er Wendezeit noch von einem „neuen Bewußtsein“ gesprochen werden, das nötig sei für eine emanzipatorische Entwicklung des Weltgeschehens, wie diffus das auch immer verortet war, so wird späterhin deutlich: Der neue Mensch hat sich der Verherrlichung des totalen Marktes unterzuordnen, so Amery. Freilich ist die individuelle Verarbeitung solcher sich verändernden Lebenswelten verschieden, doch den vom Autor skizzierten Menschen, der immer bereit ist zur sublimsten und allerhöchsten Dienstbereitschaft, wird man auf jeder beruflichen Qualifikationsstufe finden. Die sozialen Freiräume zum Ausscheren geraten immer enger, gleichwohl werden sie auch zu wenig neu besetzt. Sehr wahrscheinlich sind nicht wenige Menschen sozialpsychologisch gesehen schon zu sehr in jenen Denkstrukturen, die der totale Markt begünstigt, verfangen. Der heutige Arbeitnehmer hat flexibel zu sein und soll jedes private Interesse nach Selbstverwirklichung, persönlicher Würde, die eigene Familie, demokratisches Engagement hinten anstellen, so dies hinderlich ist für den selbstlosen Einsatz in der Firma, für die er gerade arbeitet, führt der Autor aus. Kann der Arbeitnehmer aufsteigen in die nächstbessere Kategorie von abhängiger Lohneinkunft oder Scheinselbständigkeit, steht der Arbeitgeber gleichermaßen zur Disposition, doch das dürfte meiner Meinung nach eher die Option einer kleinen Minderheit sein.
Die Ausbreitung des Marketing-Charakters als immer stärkere sozialpsychologische Realität im Menschen wird durch die Anforderungen marktkonformer Lebensweise massiv verstärkt. Dieses Ich-bin-so-wie-ihr-mich-braucht zerstört die geistig-seelische Integrität der Gesellschaft, und zwar auf subtilere Weise, als dies über den Bevölkerungsschnitt gesehen im späten Pseudosozialismus möglich war. Zwar kann die subtile Anpassung in den östlichen Verhältnissen, denke ich, nur unterschätzt werden, aber die Widerstände gegen diese Fremdbestimmung hatten sehr viel mehr Massenbasis als der heutige Protest gegen die Auswüchse weltumspannender Plutokratie.
Nach demokratisch-kapitalistischer Doktrin sollte die Marktwirtschaft gesteuert und beschränkt werden durch die Politik und die Kräfte der Zivilgesellschaft, schreibt Amery. Diese Bedingung läßt sich immer weniger erfüllen, auch wenn sie idealtypisch noch nie eingelöst wurde. Doch indem der totale Markt über seine ökonomische Machtakkumulation die Fundamente emanzipatorischer Gesellschaftsgestaltung unterminiert und zerstört, sprengt er auch jegliche zivilisatorisch-demokratische Ordnung.
Amery sieht den Kapitalismus als Parasiten des Christentums, der sich durch die Jahrhunderte hinweg immer erfolgreicher, oft genug durch religiöse Verkleidung getarnt, an allen Barrieren vorbei zu einer eigenen Reichsreligion entwickeln konnte. Zwar würde dies nicht ganz den strikten religionswissenschaftlichen Kategorien entsprechen und bringt sicher Einsprüche von säkularisierter wie religionsinteressierter Seite auf. Er verweist in diesem Kontext jedoch auf Walter Benjamins Auffassung, der Ähnliches schon viel früher festgestellt hatte. Die kapitalistische Religion funktioniere als Kult ohne Dogma. Anfügen könnte man auch Erich Fromms Interpretation, der in seinem Buch „Haben oder Sein“ von einer Religion des Industriezeitalters spricht. Heilig seien darin die Arbeit, das Eigentum, der Profit und die Macht. Die Auflösung der Bande menschlicher Solidarität durch die Vorherrschaft des Eigennutzes und des gegenseitigen Antagonismus seien Charakteristika eines neuen Gesellschaftscharakters, auf den sich diese geheime Religion, die sich hinter der christlichen Fassade entwickeln konnte, stützen könne.[1]
Der Glaube an den totalen Markt ist nicht nur von wirtschaftlichen Interessen konstituiert, er ist nicht nur ein fundamentalistisches System mit seinen eigenen Zeremonien. Amery sieht ihn in der hochpolitischen Funktion einer Reichsreligion nach Art des Imperium Romanum aufgestiegen, also einer heidnischen Religion wie sie vor der konstantinischen Wende von 312

herrschte. Man durfte unzähligen Göttern huldigen, aber gültig war und blieb, der Kaiserkult und dies galt als alternativlos.
Das Dogma globalisierter Marktmacht heißt: Alles hat seinen Preis, um gekauft zu werden. Wo der Preis noch fehlt, wird er festgestellt und verordnet. Mit diesem Herangehen wird der fundamentalistische Charakter dieser Art von religiöser Wirtschaftsordnung offenbar. Sie toleriert nichts anderes neben sich, gleicht darin dem angesprochenen Kaiserkult und kolonisiert den gesamten Lebensprozeß bis tief in die menschlichen Seelenstrukturen hinein. In seinem 1994 erschienen Buch „Die Botschaft des Jahrtausends" spricht Carl Amery davon, unsere derzeitig herrschende Wirtschaftsreligion sei im Grunde ein System der Entrückung, ein geschlossenes System ohne wesentliche Berücksichtigung der Lebenswelt. Die Volkswirtschaftslehre werde unterrichtet wie eine Frohbotschaft. Hermann Scheer kombiniert die wirtschaftliche und politische Sphäre stärker und spricht von einer Selbstideologisierung des westlichen Systems. Es sei von sich selbst besessen, darin liege seine fundamentalistische Anlage. Es gehe um eine gezielte Ausdehnung der Einflußnahmen und Ausweitung seiner Operationsräume.[2]
Was die heutige Heilslehre über die Segnungen globalisierter Marktmacht radikal vom römischen Kaiserkult unterscheide, sei die ungeheure Wirkmacht, führt Amery aus. Die Einschlagtiefe der heutigen Megamaschine in die biosphärischen Gleichgewichte stelle eine regelrechte Todesspirale dar. Der totale Markt sei die gesellschaftliche Ausformung eines Bierhefeprogramms. Die Crux dabei ist: weil der materielle Fortschritt so erfolgreich in dieser Konstellation gedeiht, bricht das Ganze an seinem Erfolg zusammen, wie eine üppig wuchernde Bierhefekultur. Daß zuvor durch den Freihandel extreme soziale Schieflagen produziert werden, bleibt ein Binnenproblem dieses Prozesses. Die Grenzen des Wachstums sind längst überrannt, und wer Nachhaltigkeit ohne eine Reduzierung unserer Energie- und Stoffverbräuche erreichen will, der lügt. Notwendig sei eine Schrumpfung unseres Wirtschaftsvolumens. Als völlig unzureichend bezeichnet Amery auch die Ökoablaßkrämerei, wo dann in die bisherige unökologische Industriestruktur ein Stockwerk Umwelttechnologie eingesetzt wird. Reparaturbetrieb und ein Schrebergarten „Politikfeld Umwelt" seien nicht mehr hinnehmbare Denkfaulheiten. Gemeint ist, daß die Rahmenbedingungen für die Existenz unserer Zivilisation ausgeblendet bleiben. Wenn das Weltklima in einen völlig neuen Zustand gesprungen sei, schwer überlebensfähig für die Gattung Mensch, dann wäre das für jedermann offenkundig. Nur dann mit dem gesellschaftlichen Lernen anzufangen dürfte gründlich zu spät sein. Wir bräuchten eine solare Energiewende, eine Revolution bei der Effizienz im Gebrauch unserer Ressourcen und eine Abkehr von Konsumidiotie, also eine kreative, intelligente Selbstbegrenzung.
Wie ist das nun aber mit dem Widerstand gegen die totale Globalisierung, deren Widerparte sich in Buchstabeninstitutionen wie: WTO, IWF, GATT etc. verschanzen? Amery thematisiert die Welle des Unmut und der Revolte, die immer stärker die Arena öffentlicher Aufmerksamkeit erreicht. Er schätzt ein, die Dichte des Widerstandes ist nach wie vor zu gering und die Ziele der Bewegung sind, soweit erkennbar, zu weit auseinanderliegend. Fehlen würde nach seiner Meinung die Festigkeit der Perspektive. Der Angriff auf die Religion des totalen Marktes müsse sehr genau auf ein erkennbares Ziel gerichtet werden. Die Globalisierung sollte in ihrer weltsozialen Ungerechtigkeit und ökologischen Zerstörungskapazität als eigene existentielle Bedrohung erkannt und erfühlt werden.
Amery sieht, daß die Kirchen in diesem Jahrhundert zu völliger Bedeutungslosigkeit herabsinken könnten. Jedoch verfügen sie über einen eminenten Vorzug. Sie brauchen nicht wie Parteien der Demoskopie hinterherzuhecheln oder werden von Aktionären und Pensionsfonds über die Quartalsbilanzen geprüft. Sie hätten die Freiheit, die Konfrontation mit dem herrschenden Mammon zu wagen. Das Herangehen des Autors läßt aber auch darauf schließen, er sucht zunächst mal eine Adresse, die er ansprechen kann. Gemeint ist am Ende schon jeder der mit wachem Auge diese Prozesse verfolgt.
Recht sparsame Auskünfte erteilt die politische Streitschrift unter dem Gesichtspunkt, wie könnte denn alternative Gesellschaft gestaltet sein? Ich bezweifle, daß man dies immer wieder in die Zukunft hinein vertagen kann. Schmidt-Bleek dürfte von der Dimension her richtig liegen, wenn er eine Dematerialisierung unserer Industriegrundlast um den Faktor Zehn hierzulande für notwendig hält, blanke Ketzerei also für eine Politik und Wirtschaftswelt, die permanent auf ökonomische Zuwachsraten stiert. Das würde natürlich Konsequenzen gravierendster Art für die materiell-technische Infrastruktur und die sozialen Strukturen unserer heutigen Lebenswelt haben.
Einige Hinweise gibt der Autor aber schon: Die globalen Finanzspiele sind auch gespeist aus unseren eignen Spareinlagen, Aktien, Fonds und Renten. In jedem Fall sind sie Teil der Mammonmacht, und wir sollten unsere Verantwortung dafür wahrnehmen. Wird damit gerade das nächste Stück Regenwald abgeholzt, von überbezahlten Wissenschaftlern die viereckige Tomate erschaffen oder das nächste klimaschädliche Kohlekraftwerk errichtet? Ein wichtiger Entscheidungspunkt ist auch der Erbgang. Jedes Jahr werden riesige Summen auf die Nachkommen übertragen. Eigentlich soll es der nächsten Generation davon (in aller Regel jedenfalls) besser gehen. Doch dieser Sinn wird in sein Gegenteil verkehrt, und man zerstört in raschester Folge das biosphärische Erbe mit diesem Angesparten. Das ausbeuterische Treiben der Renditewirt-

schaft sollte besser mit einer kommunitären Initiative konfrontiert werden, in Form von alternativen Stiftungen, mit denen regenerative Energien gefördert würden, eine kindgerechtere Pädagogik und anderes mehr. Kreditsysteme mit Niedrigzinsen könnten ökologisch wirtschaftenden Kooperativen unter die Arme greifen.

Carl Amery, Jahrgang 1922, Studium der Sprachen und Literaturwissenschaft, Mitglied der Gruppe 47, von 1989 bis 1991 Präsident des P.E.N.-Club der Bundesrepublik Deutschland, zuletzt erschienene Bücher:
Die Botschaft des Jahrtausends. Von Leben, Tod und Würde, 1994
Hitler als Vorläufer. Auschwitz der Beginn des 21.Jahrhunderts, 1998
Klimawechsel. Von der fossilen zur solaren Kultur, 2001 (zusammen mit Hermann Scheer)
Global Exit. Die Kirchen und der totale Markt, 2002

[1] Erich Fromm; Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, München, 1991, S.141
[2] Hermann Scheer; Zurück zur Politik. Die archimedische Wende gegen den Zerfall der Demokratie, München, 1995, S.31, 34

Leserbrief

In Tarantel Nr. 19 - die übrigens (von Marko Ferst) besser gestaltet wurde als die Vorgänger – fand ich einen Beitrag von Roman Kotliar (Sechs Milliarden! Was nun weiter?). Dieses Thema finde ich absolut untauglich. Das wird auch nicht anders oder akzeptabler, wenn bekannte Namen aus früheren Zeiten, in denen ganz andere Zustände vorlagen, zitiert werden. „Politik machen“ soll „den Menschen“ dienen hat nur einen Sinn, wenn man von den auf der Erde lebenden Menschen ausgeht. Das Reden davon, daß das zu viele sind oder werden könnten, ist menschenverachtend! Außerdem ist es eine Lüge, daß die vorhandenen Waren und Vorräte nicht ausreichen würden, alle zu ernähren. Die Gründe dafür, daß so viele Menschen hungern bzw. in menschenunwürdigen Verhältnissen leben, hat mit der Menge der vorhandenen Waren und Vorräte nichts zu tun. Das dürfte auch bei der PDS bekannt sein. Also suchen wir doch die Gründe für die Not der Menschen nicht dort, wo sie nicht liegen, sondern bemühen wir uns, die wahren Ursachen zu ergründen und zu bekämpfen.
Der marxistische Weg, die bestehende falsche Wirtschaftsordnung zu ersetzen, hat sich als ungeeignet erwiesen. Nun käme es wohl darauf an, einen brauchbaren Ersatz herauszufinden, in dem für den tatsächlichen Bedarf der Menschen produziert wird und nicht für das Reicherwerden der Unternehmer.
Aus einem Brief von Lutz von Lölhöffel

Fehlerhafte Meldung über Umwelt-BAG im ND

Wie das Neue Deutschland berichtete, soll es eine neue Bundesarbeitsgemeinschaft für Umwelt, Verkehr und Energie geben. Diese Meldung führte zu einer Reihe besorgter Nachfragen. Vor dem Geraer Parteitag war es gerade die Idee einiger weniger Parteifunktionäre, mit einer neuen AG Umwelt die Ökologische Plattform schrittweise überflüssig machen zu wollen. Offensichtlich beherbergte die Plattform zu viele Menschen, die sich nicht für einen stromlinienförmig angepaßten Politikbetrieb eignen. Weil für diese Fantom-AG jedoch jegliche Basis fehlte und ein solches Vorgehen mit Sicherheit zu harten Auseinandersetzungen geführt hätte, kam es nie dazu. Vor diesem Hintergrund ruft der Status einer angeblich neuen Bundesarbeitsgemeinschaft notwendigerweise Irritationen hervor, weil dies für Finanzen und Parteitagsmandate u.a. Konsequenzen hätte, bis hin zu der Frage auf welchem Schreibtisch dann die Arbeit liegt.
Gemeint soll aber etwas ganz anderes sein. In der vergangenen Legislaturperiode trafen sich die umweltpolitischen Parlamentarier regelmäßig bei Eva Bulling-Schröter, um sich abzustimmen, zu vernetzen usw. Diese koordinierende Arbeit soll wieder stattfinden, inzwischen nun leider ohne umweltpolitische Sprecherin im Bundestag. Das diese Arbeit weiter stattfindet, ist gewiß sehr sinnvoll. Auch über eine weitere Verbesserung der Kooperation der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Strukturen in der Partei im Rahmen des Machbaren ist nachzudenken. Stand 27.3.2003

Fast Temperatur-Rekord in 2002

2002 war das zweitwärmste Jahr seit Beginn der weltweiten Wetteraufzeichnungen vor 140 Jahren wie die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) in Genf mitteilte. Das Wetter sei zudem extremer geworden, was sich zum Beispiel in Überschwemmungen gezeigt habe. Die UN-Wetterbehörde errechnet für 2002 eine durchschnittliche Oberflächentemperatur von 14,5 Grad nach 14,42 Grad ein Jahr zuvor. Die bislang höchste Temperatur wurde 1998 mit 14,57 Grad gemessen. Die zehn wärmsten Jahre gab es alle seit 1987. „Der Anstieg ist beispiellos“, sagte Ken Davidson, der Direktor des WMO-Klimaprogramms. Er und die meisten anderen Klimaexperten seien überrascht vom Umfang und der Schnelligkeit des Anstiegs. Seit 1900 sei die durchschnittliche Oberflächentemperatur um mehr als 0,6 Grad gestiegen. Der UN-Forschungsausschuss zum Klimawandel hat die Befürchtung geäußert, dass der Temperaturanstieg im kommenden Jahrzehnt noch zunehmen wird.
Quelle: Frankfurter Rundschau

Inhalt

TERMINE 1
Manfred Wolf
Zum Irakkrieg. Geht das ewig so weiter? 1
Wolfgang Gehrke
Die Menschen im Irak warten auf den Tod 2
Marko Ferst
Geraer Kurs in einen neuen Politikstil übersetzen! 3
Paul Tiefenbach
Zettelkasten: Aus: Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei 5
DIE TARANTEL-BÜCHERECKE 7
Rudolf Bahro
Ökologische Politik und Wirtschaftswachstum sind unvereinbar 8
José A. Lutzenberger
Das Verschwinden der Regenwälder könnte zu einer neuen Eiszeit führen 10
Jochen Stay
Nach dem Castor - eine Bilanz 12
Herbert Burmeister
Standort Schönefeld ungeeignet für Großflughafen 14
Ferdi Breidbach
Offener Brief des Bürgerverein Brandenburg Berlin e.V. zum Großflughafen Schönefeld 16
Judith Dellheim
Verkehrspolitik ohne Tonnenideologie - vermeiden, verlagern, verkürzen 17
Karin Lück und Jakob Ganten
Zur Agrarwende gibt es keine Alternative! 18
Roland Schnell
Thüringer Bratwurst nicht ewig Maßstab sozialistischer Eßkultur 19
Tilo Kummer
Presseerklärung zum Getränkepfand 20
Roland Schnell
„Grüner Punkt“ versagt komplett 20
Marko Ferst
Programmatische Umweltaussagen bei der PDS mangelhaft 21
Gangolf Stocker
Freiheitsgüter, oder die Bestrebung nach Durchbrechung oder Aufhebung des gesellschaftlichen Konsensus als sittliche Norm. 23
Ein Reformationstag bei ADELE 24
Anne-Kathrein Petereit
Feminismus und Ökologie sind Geschwister 25
Michael Löwy
Überleben statt Profit 26
Saral Sarkar
Zu Michael Löwys Ökosozialismus 28
Marko Ferst
Zur Kritik des Dogmas vom totalen Markt 30

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die erste Ausgabe der „tarantel“ im Jahr 2003 enthält für Euch hoffentlich wieder viele Beiträge, die auf Euer Interesse stoßen. Die Auswahl besorgte der Sprecherrat. Besonders gut gefällt mir, daß wir einen Beitrag des im vergangenen Jahr verstorbenen Umweltvordenkers José Lutzenberger aufnehmen konnten. Seine Tochter Lara Lutzenberger schrieb mir auf unsere Anfrage für den Text (aus Porto Alegre in Brasilien), sie freue sich, daß der Beitrag des Vaters auf weiteres Interesse stoße. Viele andere Artikel dürften eine ähnlich spannende Lektüre bilden.

Ursprünglich war geplant, daß ich die technische Arbeit für die Ausgaben 19 und 20 der „tarantel“ in Vertretung für Axel Kruschkat übernehme. Wegen eines halbjährlichen arbeitszeitintensiven Praktikums war dies als Überbrückung gedacht. Nun ist Axel Bundesgeschäftsführer des BUND in Brandenburg geworden, wozu wir ihm allen erdenklichen Erfolg wünschen. Da diese Tätigkeit, wie sich jeder vorstellen kann, sehr zeitaufwendig ist, bat er uns darum, daß jemand anderes die „tarantel“ übernimmt.

Folge daraus wird sein, die nächste Ausgabe (Nr.21) unserer Zeitschrift wird weitgehend bei der Ökologischen Plattform in Sachsen (ADELE) konzipiert werden. Die Verantwortung für die Nr.22 wird wieder bei mir liegen. So ist es jedenfalls geplant. Hintergrund ist, daß wir die Zahl der „tarantel-Ausgaben“ im Jahr bislang nicht reduzieren wollen, sich aber niemand findet, der für alle vier Ausgaben, den Zeitaufwand erbringen kann. Möglich wäre prinzipiell, daß einzelne Ausgaben der „tarantel“ in Zukunft auch von der Ökologischen Plattform etc. in anderen Bundesländern gefertigt werden, gedruckt werden kann in Berlin. Man müßte nur die Texteinsendungen berücksichtigen, die von AutorInnen nach Berlin geschickt werden und das auch eine PDF-Datei der Zeitschrift für die Internetausgabe (Ronald Friedmann, www.pds-online.de) bereitgestellt wird. Freilich sollte man den Arbeitsaufwand für eine optisch und inhaltlich gut gestaltete „tarantel“ nicht unterschätzen. *Marko Ferst*

Kontakt:
Ökologische Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin, **www.oekologische-plattform.de**
oekoplattform@web.de

Die „tarantel“ wird herausgegeben vom SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS, technische und ergänzende redaktionelle Arbeit für diese Ausgabe: Marko Ferst

Bitte Artikel in digitaler Form als Word-Datei schicken, ohne Formatierungen, die Arbeit verursachen, und vorher selbst die Fehler korrigieren.

Vorderseite: *Titelplakat von Laslo Sos und Éva Kemény in der Ausstellung „Der Mensch gehört der Erde und nicht die Erde dem Menschen an“*